

blickpunkt bundestag

März 2010 | ISSN 14359146 | G 10624

www.bundestag.de

Steuerpläne nach der Krise

Quadratur des Kreises

Nahaufnahmen

Ankunft und Abschied im Bundestag

Streitpunkt

Eine Chance für jedes Kind

Inhalt

- 2 Begegnungen**
im Parlamentsviertel
- 4 Titel**
Quadratur des Kreises
Steuerpläne nach der Krise
- 12 Nahaufnahmen**
Ankunft und Abschied im Bundestag
- 24 Streitgespräch**
Eine Chance für jedes Kind
Streitpunkt: Dorothee Bär und Heinz Buschkowsky
- 32 Im Blick**
Ein Parlament wird mündig
Freie Volkskammerwahlen 1990
- 40 Menschen**
Bitte auf die Goldwaage legen
Sprachendienst im Deutschen Bundestag
- 43 Im Wortlaut**
Wer hat's gesagt?
- 44 Parlements geschichten**
Virtuosen am Klavier
Italien: Abgeordnetenhaus und Senat



Foto: Picture-Alliance/Frederik von Erichsen

Quadratur des Kreises

Steuern senken oder Steuern erhöhen? Angesichts der dramatischen Haushaltslage geht es um mehr als nackte Zahlen: Im Mittelpunkt der finanzpolitischen Debatten im Deutschen Bundestag steht die Frage, wie viel Staat und welchen Staat sich Deutschland in Zukunft leisten kann und will.



Foto: DBT/Anke Jacob

Abschied und Ankunft

Viele Abgeordnete haben mit der Wahl im September 2009 Abschied vom Bundestag genommen, mehr als 200 sind neu im Parlament. Blickpunkt Bundestag hat sechs von ihnen begleitet: zwei in den letzten und zwei in den ersten Tagen ihrer parlamentarischen Arbeit.

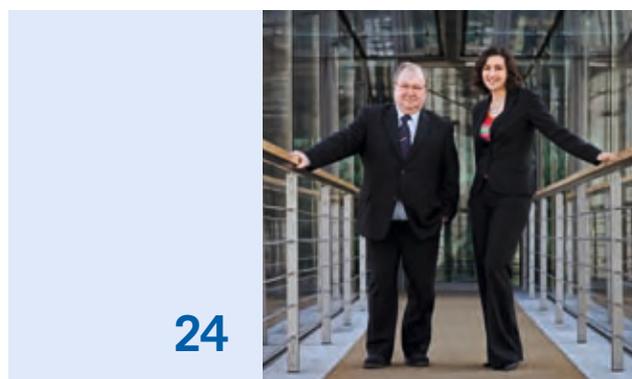


Foto: DBT/photothek.net/Thomas Köhler

Eine Chance für jedes Kind

Wie lässt sich eine bessere Integration von Einwandererkindern erreichen? Im Streitpunkt diskutieren die familienpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Fraktion Dorothee Bär und der Bezirksbürgermeister Berlin-Neuköllns Heinz Buschkowsky (SPD).



Dieser Ausgabe von **BLICKPUNKT BUNDESTAG** liegt das **SPEZIAL** „Die Ausschüsse des Deutschen Bundestages“ bei.



„NIE WIEDER“

– das ist die wichtigste Lehre aus dem Völkermord der Nationalsozialisten, sagte Israels Staatspräsident Shimon Peres Ende Januar in einer bewegenden Rede vor dem Deutschen Bundestag. 65 Jahre zuvor, am 27. Januar 1945, hatten Truppen der sowjetischen Roten Armee das deutsche Konzentrationslager Auschwitz befreit. Der Deutsche Bundestag erinnert jedes Jahr anlässlich dieses nationalen Gedenktages an die Opfer des Nationalsozialismus. Die Jugend, die heute in einer „Stunde der Gnade“ lebe, dürfe sich nie andere Ziele setzen als „Frieden, Versöhnung und Liebe“ sagte Peres, der im Holocaust einen Großteil seiner Familie verloren hatte. Im Anschluss an die Gedenkstunde im Bundestag traf der 86-jährige Friedensnobelpreisträger mit israelischen, polnischen und deutschen Jugendlichen zusammen.

Königsrecht des Parlaments

Haushaltsdebatten im Bundestag sind Grundsatzdebatten. Das gilt erst recht, wenn die Regierung dem Parlament Rechenschaft ablegen muss über die größte Neuverschuldung in der Geschichte der Bundesrepublik – wie in der ersten Haushaltsdebatte in der Zeit der Koalition aus Union und FDP Ende Januar.

Das Recht, die Einnahmen und Ausgaben der Regierung festzulegen, wird oft als Königsrecht des Parlaments bezeichnet. Es ist eines der wirksamsten

Machtinstrumente der Volksvertretung. Denn wenn der Regierung Einnahmen – etwa durch Steuern oder neue Kreditaufnahmen – verweigert werden, dann sind ihr die Hände gebunden. Das gilt auch für die Ausgaben. Wenn das Parlament diese blockiert, dann ist die Regierung handlungsunfähig. So war es zum Beispiel 1972 auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzung um die Ostverträge, als mehrere Abgeordnete die Koalition aus SPD und FDP verlassen

hatten und die Regierung für ihren Haushalt keine Mehrheit mehr fand. Der damalige Bundeskanzler Willy Brandt zog mit Neuwahlen die Konsequenz.

Das Recht des Haushaltsvorbehalts stammt aus dem 17. Jahrhundert, als sich in Großbritannien Unter- und Oberhaus diese Kompetenz gegenüber dem Monarchen erkämpften. In Deutschland wurde dem Parlament mit der Revolution 1918 das volle Entscheidungsrecht über Einnahmen und Ausgaben der Regierung zugestanden.

ZITATE Von roten und schwarz-gelben Ohren

„Die Rückgewinnung von Vertrauen ist also eine zentrale psychologische Voraussetzung für die Überwindung dieser Krise. Der Finanzpolitik kommt dabei eine besondere Rolle zu, nicht zuletzt weil Vertrauen durch verantwortungsloses, von maßloser Gier geprägtes Verhalten einiger im Finanzsektor an führender Stelle Tätiger mit zerstört worden ist.“

Wolfgang Schäuble, CDU/CSU

„Ein bisschen klingen Ihre Reden wie eine Bitte um Vergebung. Wer genau hinschaut, der sieht doch bei den Rednern der Koalitionsfraktionen die roten Ohren.“

Frank-Walter Steinmeier, SPD

„Das wäre Ihnen recht, wenn wir rote Ohren hätten! Wir haben schwarz-gelbe!“

Volker Kauder, CDU/CSU

„Zivilcourage ist gefragt“

Seit 1996 gedenkt der Bundestag an jedem 27. Januar, dem Tag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz, der Opfer des Nationalsozialismus. In diesem Jahr war der israelische Präsident Shimon Peres einer der Redner. Er bedauert, dass der Gedenktag erst so spät eingeführt worden ist. Es gebe immer weniger Holocaust-Überlebende, gleichzeitig immer noch viele Täter, die bestraft werden müssten.

Unter den Gästen ist auch Dr. Hermann Simon, der Direktor der Stiftung Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum. Er wurde 1949 in Berlin geboren, seine Mutter hatte den Nazi-Terror im Untergrund überlebt. Der Historiker hat zahlreiche Arbeiten zur Geschichte der Juden in Deutschland veröffentlicht. Ähnlich wie Shimon Peres bewegt ihn die Tatsache, dass die Überlebenden des Holocaust sterben und mit ihnen die Erinnerung verblasst.

Wie schwer das ist, die Erinnerung lebendig zu halten, macht Simon mit einem Beispiel aus der Neuen Synagoge deutlich. Das Gotteshaus war erst bei einem Bombenangriff 1943 schwer beschädigt worden. Ein Versuch von SA-Leuten, sie in der Pogromnacht am 9. November 1938 in Brand zu stecken, sei gescheitert, weil der Portier und ein paar beherzte Leute die Brandherde gelöscht hätten.

Vor dem Wiederaufbau des Gebäudes sei dann eine denkmalpflegerische Analyse vorgenommen worden. In ihr hieß es, es gebe „rußähnliche und feste Schmutzschichten“, darüber einen Anstrich von Leimfarbe, vermutlich aus einer Renovierung nach der Pogromnacht.

Simon meint, das sei ja wie ein archäologischer Befund. „Ich will damit sagen, wenn Sie jungen Menschen darüber berichten, dann ist das so, als ob Sie denen eine slawische oder germanische Siedlung zeigen. Das ist einfach weit weg. 70 Jahre! Älter als ihr Großvater. Uralt.“

Können wir den Jungen trotzdem helfen, die richtigen Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen? Eine der Antworten Simons lautet: Zivilcourage. Er hat ein Beispiel aus dem Jahre 1938. Damals wurde sein Großvater, ein Anwalt, ins Polizeipräsidium transportiert. Ein Beamter dort habe ihn erkannt und ihm geholfen, die Dienststelle durch den Personalausgang zu verlassen. Mit solchen Beispielen von Zivilcourage könne man den jungen Leuten kommen, sagt Simon. Man könne ihnen erklären, wie die Verhältnisse gewesen seien und was damals möglich gewesen sei. Seine Botschaft an die jungen Leute von heute: „Man muss Mut haben, den Verhältnissen zu widerstehen. Man muss nicht mit der Masse rennen. Man kann durchaus mal eine eigene Meinung haben. Zivilcourage ist also gefragt.“



Hermann Simon

Foto: ddp/Marcus Brandt

„Ich hatte angesichts der Art Ihrer Rede das Gefühl, dass man das Redepult für Sie demnächst in die Kuppel oder gar in die Wolken hängen könnte. So ungefähr war Ihr Redebeitrag, Frau Merkel.“

Renate Künast, Bündnis 90/Grüne

„Wir haben uns vorgenommen, diese Krise nicht nur irgendwie durchzustehen, sondern wir wollen, dass Deutschland stärker aus dieser Krise herauskommt, als es in sie hineingegangen ist.“

Bundeskanzlerin Angela Merkel, CDU

TERMINE IM PARLAMENTSVIERTEL

Bis 9. Mai

Ausstellung: „Die geteilte Stadt – Topographie der Berliner Mauer“ mit großformatigen Fotografien von Karl-Ludwig Lange im „Raum des Mauermahnmales“
Film-Finissage „Cycling the Frame“ (1988) und „The Invisible Frame“ (2009) von Cynthia Beatt. Tilda Swinton auf den Spuren der Berliner Mauer.

Deutscher Bundestag, Mauermahnmal im Marie-Elisabeth-Lüders-Haus, Zugang über die Spree-Uferpromenade, Schiffbauerdamm, Freitag bis Sonntag, 11 bis 17 Uhr, Eintritt frei

24. März, 19–20.30 Uhr

Buchpräsentation: „Winter im Sommer – Frühling im Herbst“ – der politische und sehr persönliche Rückblick eines Revolutionärs. Zu seinem 70. Geburtstag hat Joachim Gauck seine Erinnerungen aufgeschrieben. Er war Abgeordneter im ersten freien Parlament der DDR und erster Bundesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen.

Konrad-Adenauer-Stiftung, Tiergartenstraße 35, Eintritt frei, Anmeldung erforderlich, per E-Mail: anmeldung-berlin@kas.de

bis 28. März

Fotoausstellung „Waiting“ von Sylvia Plachy, Preisträgerin des Dr.-Erich-Salomon-Preises 2009 der Deutschen Gesellschaft für Photographie

Willy-Brandt-Haus, Stresemannstraße 28, Dienstag bis Sonntag, 12 bis 18 Uhr, Eintritt frei, Ausweis erforderlich

1. April, 18 Uhr

Reihe Kino der Wünsche: „Der Untertan“
Regie: Wolfgang Staudte, DEFA 1951. Der Film nach dem Roman von Heinrich Mann ist eine bissige Satire über das deutsche Bürgertum in wilhelminischer Zeit.

Rosa-Luxemburg-Stiftung, Konferenzsaal, Franz-Mehring-Platz 1, Eintritt 4 Euro, ermäßigt 2 EUR

Ab 5. April

Wechselausstellung: Hauptsache Arbeit. Wandel der Arbeitswelt nach 1945 Die Arbeit als Existenzsicherung und Vermittlung sozialer Anerkennung wird gezeigt, aber auch die Veränderungen der Arbeitswelt durch die demografische Entwicklung, neue Technologien und die zunehmende Globalisierung.

Haus der Geschichte in Bonn, Museumsmeile, Dienstag bis Sonntag, 9 bis 19 Uhr, Eintritt frei

8. April, 19 Uhr

„Er rührte an den Schlaf der Welt. Ernst Busch“
Buchvorstellung mit dem Historiker Jochen Voit zum 30. Todestag Ernst Buschs. Ernst Busch war ein Interpret von Arbeiterliedern, der Musik von Kurt Weill und Hanns Eisler und der Texte von Brecht und Tucholsky.

DDR Museum, Besucherzentrum, Karl-Liebknecht-Str. 1, Eintritt frei

Staat
Sch
1000000

0000000

0000000

Steuerpläne nach der Krise

Quadratur des Kreises



Steuern senken oder Steuern erhöhen? Angesichts der dramatischen Haushaltslage geht es um mehr als nackte Zahlen: Im Mittelpunkt der haushaltspolitischen Debatten im Deutschen Bundestag steht die Frage, wie viel Staat und welchen Staat sich Deutschland in Zukunft leisten kann und will.

Die Finanzpolitik steht vor gewaltigen Herausforderungen. Die Wirtschaftskrise dürfte zwar in diesem Jahr mit einer Rückkehr zu soliden Wachstumsraten weitgehend überwunden werden. Doch die öffentlichen Haushalte reagieren auf das Beben an den Finanzmärkten und den Einbruch der Realwirtschaft mit erheblicher Verzögerung. In den Kassen von Bund, Ländern und Gemeinden entfalten die Folgen der Krise erst jetzt und in den kommenden Jahren ihre volle Wirkung. Einige Eckdaten zum Bundeshaushalt 2010 machen dies deutlich: Während die Steuereinnahmen mit nur noch 211,9 Milliarden Euro auf das Niveau von 2006 zurückgehen, steigen die Ausgaben in diesem Jahr um mehr als sieben Prozent auf 325,4 Milliarden Euro. Den größten Zuwachs verzeichnen dabei die Sozialausgaben. Sie legen auf insgesamt 176,7 Milliarden Euro zu, das entspricht mehr als der Hälfte (54 Prozent) der Gesamtausgaben. Dahinter verbergen sich allein 33 Milliarden Euro, die wegen der Krise in den Arbeitsmarkt, an die gesetzlichen Krankenkassen und in Konjunkturprogramme geflossen sind. Addiert man die Zinsausgaben von 38 Milliarden Euro, dann erkennt man schnell: Allein die Sozialausgaben und der Schuldendienst machen dieses Jahr mit fast 215 Milliarden Euro zwei Drittel der Bundesausgaben aus. Der Gestaltungsspielraum für Investitionen in Bildung, Klimaschutz oder Verkehrswege ist äußerst gering. Damit ist das Kernproblem der deutschen Finanzpolitik in den kommenden Jahren beschrieben.

Die krisenbedingten Mehrausgaben und Steuerausfälle machen sich insbesondere bei der Neuverschuldung



Foto: Marco Urban

„Im Wesentlichen will die Mehrheit der Bevölkerung das heutige Maß an Daseinsvorsorge, Sicherheit, sozialer Sicherung“ –
Bundesfinanzminister
Wolfgang Schäuble
(CDU)

bemerkbar. Die Etatplanung von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) weist eine nie dagewesene Nettoneuverschuldung von 85,8 Milliarden Euro aus. Berücksichtigt man ferner das Defizit von 14,5 Milliarden Euro aus Nebenhaushalten, summieren sich die neuen Schulden allein für den Bund auf rund 100 Milliarden Euro. Nach der letzten mittelfristigen Finanzplanung von Juni vergangenen Jahres fehlen dem Bund bis 2013 mehr als 300 Milliarden Euro. Die Bundesschuld insgesamt steigt im Laufe dieses Jahres auf mehr als eine Billion Euro.

Tief im Minus

Welche Zahl man auch heranzieht, eines steht außer Frage: So tief im Minus war Deutschland noch nie. Entsprechend scharf fallen auch die haushaltspolitischen Auseinandersetzungen zwischen den Parteien aus. Denn beim Bundeshaushalt geht es um mehr als nackte Zahlen. Das „Schicksalsbuch der Nation“ spiegelt die politischen Prioritäten der Regierung wider, der Etat gilt als „in Zahlen geronnene“ Politik. An den finanzpolitischen Konzepten der Parteien und der Fraktionen im Deutschen Bundestag lässt sich deshalb auch viel über das jeweils zugrunde liegende Staatsverständnis ablesen. Im Mittelpunkt der Haushaltsdebatten steht immer auch die Frage, wie viel Staat und welchen Staat sich Deutschland in Zukunft noch leisten kann und will. Einen gut ausgebauten Wohlfahrtsstaat, der sich umfassend um die Bildung, die Gesundheit und die Versorgung seiner Arbeitslosen kümmert? Oder tendiert die Bundesrepublik angesichts der dramatischen Haushaltslage in den nächsten Jahren eher in die Richtung eines Staates, der sich schrittweise aus dem Sozialen zurückzieht und sich stärker auf die Bereitstellung eines Ordnungsrahmens konzentriert?

Weitgehend unstrittig ist im Rückblick, dass der Großteil des Schuldenberges der Wirtschaftskrise geschuldet ist – und insoweit nur zum Teil zu vermeiden gewesen wäre. Bundesfinanz-

minister Schäuble hat sich für ein

Steuereinnahmen

211,9 Milliarden Euro

Nettokreditaufnahme

85,8 Milliarden Euro

Ausgaben

des Bundes 2010

Gesamtausgaben
325,4 Milliarden Euro

Sonstige Einnahmen
27,7 Milliarden
Euro

minister Schäuble hält die Rekordverschuldung für „bitter“, zugleich aber auch für „notwendig und ökonomisch richtig“. Dahinter steht die in Wissenschaft und Politik nahezu einhellige Auffassung, dass die Regierung in der Krise eine antizyklische Fiskalpolitik betreiben sollte, also nicht in der Krise sparen darf, um den Abschwung nicht weiter zu forcieren. Weit weniger Einigkeit herrscht indes über den künftigen Kurs der Finanzpolitik nach der Krise. Gestritten wird nicht nur in der Politik, auch Finanzwissenschaftler sind uneins, welcher Weg aus der Krise führt. Konsens besteht im Grunde nur darüber, dass Deutschland ab 2011 seine öffentlichen Haushalte konsolidieren muss, um den EU-Stabilitätspakt und die neue Schuldenregel in der Verfassung einzuhalten. Die noch von der großen Koalition im Grundgesetz verankerte „Schuldenbremse“ verlangt vom Bund, seine Neuverschuldung bis 2016 schrittweise auf 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zurückzufahren, also fast gar keine neuen Schulden mehr zu machen. Anders ausgedrückt: Ab 2011 muss die Regierung jedes Jahr zehn Milliarden Euro mehr einnehmen oder weniger ausgeben. Die von Union und FDP im Koalitionsvertrag vereinbarten Steuersenkungen sind dabei noch nicht berücksichtigt. Sie schlägen mit 19,4 Milliarden Euro pro Jahr zusätzlich zu Buche. Rund die Hälfte davon müsste der Bund tragen. Das ist angesichts der aktuellen Haushaltslage ein ambitioniertes Ziel. Der Bundesfinanzminister nennt es eine „finanzpolitische Herkulesaufgabe“. Konkreter wurde Schäuble bislang indes nicht. Der Minister und die Politiker der Regierungskoalition verweisen auf die große Steuerschätzung Anfang Mai, die

mit der mittelfristigen Finanzplanung für die nächsten fünf Jahre verbunden ist. Schäuble betont, erst dann könne man sich einen umfassenden Überblick über die Finanzsituation machen. Würden vorher detaillierte Sparvorschläge in die Debatte gebracht, bestehe die Gefahr, dass man diese „öffentlich zerredet“. Die Opposition vermutet freilich, dass die Zurückhaltung von Union und FDP mehr mit der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen zu tun hat, die wenige Tage nach der Steuerschätzung stattfindet. Bis zur parlamentarischen Sommerpause jedenfalls dürften die Bürger mehr Gewissheit darüber bekommen, welchen Kurs Union und FDP bis zum Ende der Legislaturperiode einschlagen werden.

Die finanzpolitischen Eckdaten legen nahe, dass die Bundesregierung mit der Konsolidierung des Haushalts und zugleich milliarden schweren Steuersenkungen eine praktisch nicht zu bewerkstellende Quadratur des Kreises anstrebt. Oder doch nicht? Vor allem die FDP dringt beharrlich auf Steuersenkungen. Sie sind für die Liberalen nicht nur zentrales Wahlkampfversprechen, sondern eine zugleich wichtige Voraussetzung für eine Gesundung der Staatsfinanzen. „Wir werden Steuerentlastungen durchsetzen und damit auch die Wirtschaft wieder ankurbeln“, verspricht Birgit Homburger, Fraktionsvorsitzende der FDP im Bundestag. „Den Bürgern wird eingehämmert, dass Haushaltskonsolidierung und Steuerentlastung nicht gemeinsam machbar sind. Aber das ist falsch. Haushaltskonsolidierung und Steuerentlastungen gehen bei uns Hand in Hand“, betont Homburger. Das liberale Credo lautet folglich: Steuern fördern Wachstum, und durch mehr Wachstum sprudeln



Foto: Thomas Trutschel/photothek.net

„Wir bejahen den Staat, denn wir sind Liberale, nicht Anarchisten“ – Bundesaußenminister und FDP-Chef Guido Westerwelle

Ausgaben

des Bundes 2010

Sozialausgaben

176,7 Milliarden Euro (54 %)

Zinsen

38 Milliarden (12 %)

Personal- ausgaben

28 Milliarden
Euro (9 %)

Verkehr,
Bau und Woh-
nungswesen
23,2 Milliarden
Euro (7 %)

Verteidigung
14,8 Milliarden Euro (5 %)

Forschung und Bildung
10,8 Milliarden Euro (3 %)

Sonstiges

33,8 Milliarden
(10 %)

die Steuerquellen ergiebiger. Zusätzlich will die FDP „alle Subventionen auf den Prüfstand stellen“ und einen strikten Sparkurs fahren. Einzelheiten nennt aber auch die FDP bislang nicht. In der zurückliegenden Legislaturperiode haben die Haushälter der FDP-Fraktion jedes Jahr ein „liberales Sparbuch“ vorgelegt, mit dem sich nach ihren Berechnungen gut zehn Milliarden Euro sparen ließen. Der Ansatz der FDP ist jedoch höchst umstritten. 60 Prozent der Bundesbürger lehnt Steuersenkungen angesichts der Haushaltsnöte ab, selbst FDP-Anhänger sind inzwischen überwiegend skeptisch.

Sparzwang für die Politik

Doch die FDP hat auch Befürworter. „Die Misere der deutschen Staatsfinanzen lehrt seit Langem, dass sich die öffentlichen Haushalte mit hohen Steuern nicht sanieren lassen“, sagt der Finanzwissenschaftler Jürgen von Hagen. „Gerade weil durch die Finanzkrise die Staatsverschuldung stark gestiegen ist, werden Steuersenkungen nötig“, ist der Bonner Ökonom überzeugt. Aus zwei Gründen: Erstens stärkten Steuersenkungen das Wachstum, zweitens erhöhten sie den Spardruck auf die Politik. „Wenn Regierungen viel Geld haben, bedienen sie nicht etwa die Staatsschulden, sondern befriedigen die Wünsche ihrer politischen Klientel“, hat von Hagen beobachtet. „Eine Finanzpolitik jenseits der Logik demokratischer Politik gibt es nicht.“ Ins gleiche Horn stößt Homburger: Der Ansatz, den Haushalt mit höheren Einnahmen zu sanieren, sei in der Vergangenheit gescheitert. Der Staat habe kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem, sagt die Freidemokratin. Kronzeuge für die Überzeugung, dass Steuersenkungen sich durch mehr Wachstum im Idealfall selbst finanzieren, ist seit den siebziger Jahren der US-Ökonom Arthur Laffer. Doch die viel diskutierte „Laffer-Kurve“ bleibt bis heute umstritten, einer empirischen Überprüfung hielt sie oft nicht stand. Der Wirtschaftsweise Wolfgang Wiegand ist sich deshalb sicher: „Mit Steuerentlastungen kann man die öffentlichen Haushalte nicht konsolidieren. Das sagen die ökonomische Theorie, die Empirie,

**SPD-Fraktionschef
Frank-Walter Stein-
meier: „In manchen
Schulen pfeift der
Wind durch die
Fenster, aber im
Grandhotel nebenan
wird jetzt neues
Parkett verlegt!“**

Foto: Thomas Köhler/photothek.net



aber auch der gesunde Menschenverstand.“ Gustav Horn vom gewerkschaftsnahen Forschungsinstitut IMK ergänzt: „Das Geld, das in gesamtwirtschaftlich wenig sinnvolle Steuersenkungen fließen soll, fehlt für Maßnahmen, die wirklich Wachstum bringen.“

Jüngere empirische Arbeiten der Ökonomen Mathias Trabandt und Harald Uhlig legen nahe, dass sich eine Einkommensteuersenkung in Deutschland in etwa zur Hälfte selbst finanzieren könne. Bei einer Entlastung von knapp 20 Milliarden Euro könnten Union und FDP demnach mit einem Selbstfinanzierungseffekt von rund zehn Milliarden Euro rechnen, der allerdings einige Jahre bräuchte, bis er sich voll in den öffentlichen Kassen niederschläge. Die FDP will dabei vordringlich dem „Mittelstandsbauch“ und der „kalten Progression“ im Steuerrecht zu Leibe rücken, am liebsten mit einem Stufentarif. „Wir werden das Steuersystem mit einem Stufentarif einfacher und gerechter machen“, bekräftigte Wirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP) bei der Vorstellung des Jahreswirtschaftsberichts im Bundestag. Aber hier tun sich womöglich neue Lücken für den Haushalt auf. Denn je weniger Stufen es gibt, desto teurer dürfte eine Kernsanierung des deutschen Steuersystems werden. Kritiker, die der FDP vorwerfen, sie trockne so die Finanzquellen des Staates aus, bereite Sozialabbau und einem Rückzug des Staates den Boden, hält Parteichef Guido Westerwelle entgegen, das seien



„Uraltklischees“. „Wir bejahen den Staat, denn wir sind Liberale, nicht Anarchisten“, sagt der FDP-Chef. Die Liberalen seien für einen „starken Staat“, der allerdings wissen müsse, „was seine Kernaufgaben sind.“ Für die Liberalen manifestiert sich der Hobbes'sche Leviathan im Steuer- und Abgabensystem, es nehme den Menschen die „Luft zum Atmen“ und habe „geradezu enteignungsgleiche Züge“, kritisiert Westerwelle. Der Vizekanzler fordert deshalb eine „geistig-politische Wende“, wozu er vor allem eine Stärkung der Mittelschicht zählt. „Das muss die blau-gelbe Linie sein, die sich über die nächsten vier Jahre zieht“, fordert der Bundesaußenminister. Ein Sozialabbau größeren Stils schwebt der FDP nach eigenem Bekunden nicht vor. „Wir werden ein sozial ausgewogenes Gesamtkonzept vorlegen“, verspricht Fraktionschefin Homburger.

Dieses Gesamtkonzept wird sich naturgemäß auch nach den Vorstellungen des größeren Koalitionspartners zu richten haben. Zwar haben alle drei Regierungsparteien vor der Wahl Steuersenkungen versprochen. Doch die Union, vor allem die CDU, ging dabei wesentlich zurückhaltender vor als die Liberalen. Zwar betont auch der finanzpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Leo Dautzenberg: „Entlastungen durch Steuersenkungen und Haushaltskonsolidierung sind kein Gegensatz, sondern bedingen einander, weil über beides Wachstum generiert werden kann.“ Aber: Unge-

achtet der im Koalitionsvertrag vereinbarten Steuersenkungen pocht Bundesfinanzminister Schäuble stets auf eine solide Haushaltsführung – und betont, dass Steuersenkungen zwar wünschenswert, aber aus Sicht der Union eher zweitrangig seien. „Alle Einsparpotenziale sind grundsätzlich prioritär zur Einhaltung der Schuldenregel einzusetzen“, macht Schäuble klar. „Ob, wann und wie viel, das entscheiden wir Mitte 2010“, sagt der Minister mit Blick auf Steuersenkungen. Dem unbedingten Willen der FDP zu Entlastungen der Bürger setzt die Union damit ein „Ja, aber“ entgegen. Entlastungen ja – aber nur dann, wenn Konjunktur, Steuereinnahmen und Schuldenbremse dies zulassen. Hier verläuft die wohl deutlichste Trennlinie innerhalb der Koalition.

Bei der Steuerfrage und beim zugrunde liegenden Staatsverständnis grenzt sich auch die Bundeskanzlerin mit ei-

nem deutlichen Bekenntnis zur gesellschaftlichen Solidarität von der FDP ab: „Es gibt einen gewissen Unterschied zwischen FDP und CDU in der Frage, wie wir über den Staat sprechen“, sagte Angela Merkel (CDU) in einem Interview. „Unser Staat kann nur stark sein, wenn er von den Menschen getragen wird, wenn sie kreativ sind, ihre Ideen verwirklichen, sich engagieren und wenn sie dafür in unserem Staat Entfaltungsmöglichkeiten sehen. Er kann aber auch nur stark sein, wenn diese Leistungsträger ihre Leistung nicht permanent daran messen, was sie dafür zurückbekommen.“ Für die Union laute deshalb die Lösung: „Damit den Schwächeren geholfen wird, müssen die Stärkeren motiviert werden. Wir wollen keinen schwachen Staat, sondern einen Staat, der Zusammenhalt ermöglicht.“ Auch Wolfgang Schäuble bekennt sich eindeutig zur gesellschaftlichen Solidarität: „Im Wesentlichen will die Mehrheit der Bevölkerung das heutige Maß an Daseinsvorsorge, Sicherheit, sozialer Sicherung. Wir wollen ein Land mit funktionierenden Strukturen bleiben.“

Die Opposition hört zwar die Bekenntnisse, glauben mag sie ihnen jedoch nicht. „Steuersenkungen sind asozial und ruinieren unseren hoch verschuldeten Staat“, sagt SPD-Fraktionsgeschäftsführer Thomas Oppermann. „Am Ende müssen die kleinen Leute die Steuergeschenke bezahlen.“ Der SPD-Haushälter Carsten Schneider wirft der Koalition vor, sie lasse kein Konzept für die Konsolidierung der Staatsfinanzen erkennen. „Entweder hat Schäuble kein Konzept – oder er hält es bis nach der Wahl in Nordrhein-Westfalen unter Verschluss“, glaubt der



Foto: Thomas Köhler/photothek.net

„Das ist Wahlbetrug mit Ansage“ – Gregor Gysi, Fraktionsvorsitzender der Linken zu den angekündigten Steuersenkungen

SPD-Politiker. Fraktionsvize Joachim Poß moniert ebenfalls, der Bundesfinanzminister mache nur „große Worte“, gebe aber „null Antworten“ auf die Frage nach seiner finanzpolitischen Strategie. „Egal, wie die nächste Steuer-schätzung ausfällt. Es ist klar, dass es für Steuersenkungen keinen Spielraum gibt“, glaubt Poß. Dem Bekenntnis der Koalition zu Steuersenkungen, wirtschaftlicher Freiheit und zur „sozialen Marktwirtschaft, aber effizienter“ (Schäuble) setzen die Sozialdemokraten in ihrem Hamburger Grundsatzprogramm die „Einheit von Freiheit und Gerechtigkeit“ entgegen.

Steuersenkungen auf Pump?

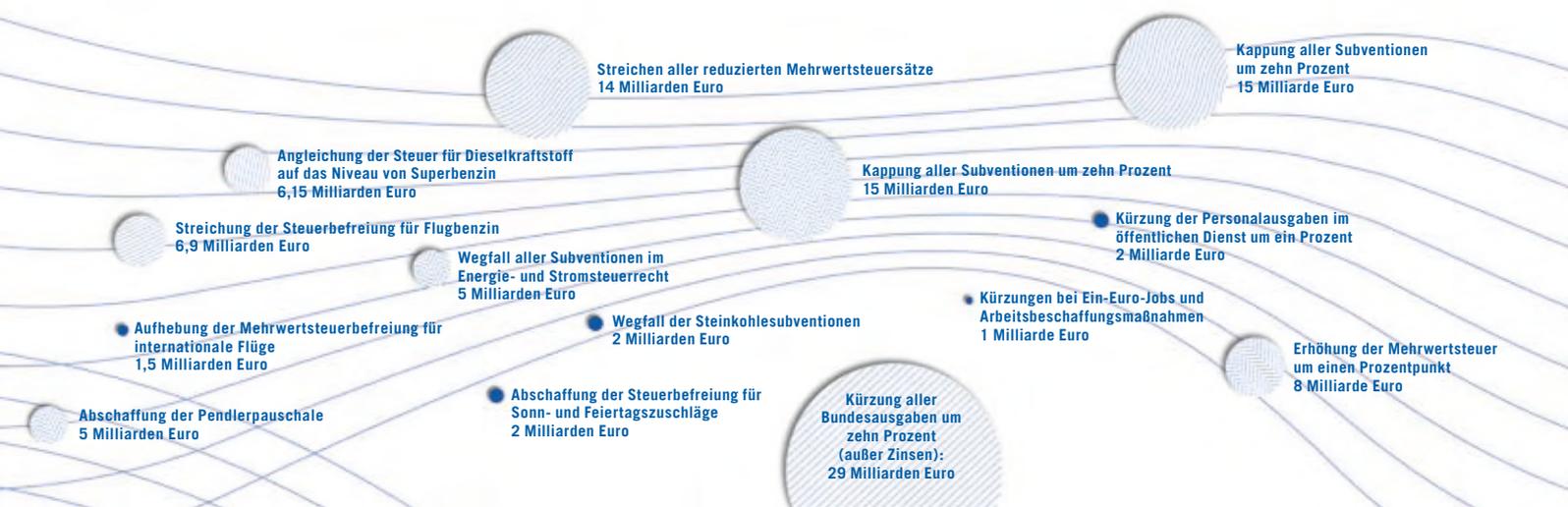
„Konservative und Liberale“, heißt es dort, „spielen die Grundwerte nicht selten gegeneinander aus: je mehr Freiheit, desto weniger Gerechtigkeit und umgekehrt. Im sozialdemokratischen Verständnis bilden sie eine Einheit. Sie sind gleichwertig und gleichrangig.“ Dieses Verständnis der Grundwerte bewahre die Sozialdemokratie davor, „Freiheit auf die Freiheit des Marktes, Gerechtigkeit auf den Rechtsstaat und Solidarität auf Armenfürsorge zu reduzieren.“ In der tagespolitischen Auseinandersetzung münzt SPD-Fraktionsführer Frank-Walter Steinmeier das grundlegende Staatsverständnis seiner Partei in die Worte um, mit ihrem „schwarz-gelben Phantasialand“ betrüge die Koalition die Bürger, denn diese müssten am Ende draufzahlen. Steinmeier wirft der Regierung vor, ihre Pläne für soziale Kürzungen bis nach der NRW-Wahl bewusst zu verschleiern. Statt mehr „Netto vom Brutto“ kämen

am Ende „höhere Gebühren für Kindergärten, Müllabfuhr, Abwasser und Schwimmbäder“ auf die Menschen zu. Das finanzpolitische „Chaos der Regierung“ werde „bittere Folgen“ für die Bürger nach sich ziehen, prophezeit Steinmeier. Auf ganz besonderen Unmut trifft im Oppositionslager das „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“, mit dem die Koalition neben Familien, Erben und Unternehmen auch die Hotelbranche um eine Milliarde Euro entlastet hat. Die Opposition kritisiert dies als augenfällige Klientelpolitik und verweist mit einiger Häme auf den Anspruch der FDP, das Steuersystem von den zahlreichen Ausnahmeregelungen zu befreien. „Was ist das für eine Politik?“, fragt Steinmeier erzürnt. „In manchen Schulen pfeift der Wind durch die Fenster, aber im Grandhotel nebenan wird jetzt neues Parkett verlegt!“ Die Bilanz der SPD-Fraktion zum finanzpolitischen Kurs der Bundesregierung fällt somit vernichtend aus. „Steuersenkungen auf Pump“, warnt Steinmeier, „werden uns in die haushaltspolitische Katastrophe führen.“ Die SPD schlägt statt Steuersenkungen vor, die Einnahmebasis des Staates zum Beispiel durch eine Börsenumsatzsteuer und eine Finanztransaktionssteuer zu verbreitern. Die Sozialdemokraten verfolgen somit einen grundsätzlich anderen Ansatz als die Regierung: Statt der Formel „Steuern runter, Wachstum stärken“ setzt die SPD auf mehr Steuereinnahmen, um die finanzielle Ausstattung des Sozialstaates zu sichern.

Ähnlich kritisch sehen die Grünen die Haushaltspolitik der Bundesregierung. „Als grüner Haushaltspolitiker gilt für mich die Maxime der Nachhaltigkeit“, sagt Alexander Bonde, haushaltspolitischer Sprecher der Frak-

tion von Bündnis 90/Die Grünen. „Ziel der Haushaltspolitik muss es sein, auch künftigen Generationen gute Zukunftschancen und Entwicklungsspielräume zu sichern.“ Die massive Verschuldung des Bundes sei ungerecht gegenüber den Folgegenerationen. „Grüne Haushaltspolitik bekennt sich zur Grünen Marktwirtschaft und ist der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet“, erläutert Bonde. Übersetzt in konkrete Politik: Die Grünen-Fraktion schlägt vor, umweltschädliche Subventionen zu streichen. So ließen sich „zügig“ bis zu zwölf Milliarden Euro pro Jahr einsparen. Insgesamt beziffert Bonde mit Verweis auf das Umweltbundesamt (UBA) die klimaschädlichen Subventionen im Bundeshaushalt mit rund 42 Milliarden Euro. Dazu zählen etwa Ausnahmeregelungen bei der Ökosteuer, die Steuerbefreiung für Flugbenzin und die Steinkohlesubventionen. „Qualitative Konsolidierung ist auch in Krisenzeiten möglich“, ist die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen deshalb überzeugt. Zugleich sollte nach ihrer Auffassung auch die soziale Komponente im Haushalt stärker betont werden. „Wir müssen den sozialen Zusammenhalt, die Daseinsvorsorge und die Teilhabegerechtigkeit stärken“, heißt es in einem Positionspapier der Grünen-Fraktion. So solle die „Kluft zwischen Arm und Reich“ verringert werden. Etwa durch die Aufstockung des „Hartz IV“- Regelsatzes auf 420 Euro im Monat. Mehreinnahmen verspricht sich Bündnis 90/Die Grünen durch „gezielte Steuererhöhungen“, etwa durch eine Finanztransaktionssteuer, eine höhere Erbschaftssteuer, durch die Anhebung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommensteuer und eine Ver-

Wo kann gespart, welche Steuern könnten erhöht werden? Einige Vorschläge, die in der öffentlichen Debatte genannt werden:



mögensabgabe, mit der die Folgekosten der Finanzkrise „solidarisch“ beglichen werden könnten. „Für Steuerenkungsphantasien“, ist Grünen-Fraktionschefin Renate Künast überzeugt, „gibt es schlichtweg keine Luft!“

Einer in Teilen ähnlichen Linie folgen die finanzpolitischen Vorstellungen der Fraktion Die Linke. „Das ist Wahlbetrug mit Ansage“, wettet Fraktionschef Gregor Gysi mit Blick auf die angekündigten Steuerenkungen. Auch Gysi sagt voraus, dass die Koalition nach der Wahl in Nordrhein-Westfalen ihre Pläne für Sozialkürzungen präsentieren wird. „Die Regierung setzt auf die Selbstheilungskräfte der Wirtschaft und auf starkes Wachstum, nicht auf die solidarische Gesellschaft“, heißt es dazu in einem Strategiepapier der Fraktion. „Die Steuerenkungen auf Pump schaffen gerade unter den Vorzeichen der Schuldenbremse die Sachzwänge für den Sozialabbau von morgen und übermorgen.“ „Bundeskanzlerin Merkel muss die FDP auf den Boden des Sozialstaates zurückholen“, fordert Gesine Lötzsch, stellvertretende Vorsitzende und haushaltspolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion. „Wer in Anbetracht von 100 Milliarden neuer Schulden Steuern senken und gleichzeitig bei den Familien und der Arbeitsmarktpolitik kürzen will, legt die Axt an die Wurzel des Sozialstaates.“ Die Fraktion der Linken fordert mehr „Investitionen in den Ausbau der sozialen Infrastruktur und für mehr Beschäftigung“. Die Einnahmehasis des Staates solle zugleich durch eine „Wiederbelebung der Vermögensteuer und der Börsenumsatzsteuer, durch eine angemessene Besteuerung der Unternehmen und durch



Foto: Marco Urban

Für Steuerenkungen gebe es schlichtweg keine Luft – sagt Renate Künast, Fraktionschefin von Bündnis 90/Die Grünen

höhere Steuern auf große Erbschaften und Einkommen“ verbreitert werden. Allein von einer Fünf-Prozent-Steuer auf Vermögen von mehr als einer Million Euro verspricht sich Die Linke zusätzliche Steuereinnahmen von bis zu 80 Milliarden Euro pro Jahr. „Wir brauchen eine Vermögensteuer, die dafür sorgt, dass sich auch die Reichen angemessen an der Finanzierung des Sozialstaates beteiligen“, fordert Fraktionsvize Klaus Ernst.

Auf das Gros der Vorschläge der Oppositionsparteien wird der Finanzminister bei der Aufstellung seiner Sparliste freilich nicht eingehen. Weder Vermögensteuer, Börsenumsatzsteuer noch höhere Spitzensteuersätze passen zum Programm von Union und FDP. Eine Finanztransaktionssteuer, die auch die Bundeskanzlerin befürwortet, lässt sich wiederum nur im internationalen Rahmen sinnvoll umsetzen. Was also wird die Regierung im Mai präsentieren, wo wird sie sparen? Die Spekulationen schießen ins Kraut: Arbeitnehmer fürchten um ihre steuerfreien Sonntags- und Nachtzuschläge. Berufspendler sorgen sich um die Entfernungspauschale. Verbraucher werden den Verdacht nicht

los, dass die Mehrwertsteuer noch einmal kräftig steigt und die reduzierten Umsatzsteuersätze für Lebensmittel, Zeitungen oder Herzschrittmacher umfassend „angepasst“ werden. Rentner fürchten weitere Nullrunden. Autofahrer registrieren nervös jede neu aufflammende Debatte um eine mögliche PKW-Maut. Arbeitslose, Krankenversicherte und Familien fürchten, dass sich die Beamten des Bundesfinanzministeriums noch einmal tief über den fast 177 Milliarden Euro schweren Ausgabenblock „Soziales“ beugen werden. Doch bis zur Steuerschätzung im Mai bleibt das alles reine Spekulation. Denn der Finanzminister will sich nicht in die Karten schauen lassen, er vertritt nur so viel: Mit „herkömmlichen haushalterischen Maßnahmen“ werde der Staat seine Finanzprobleme nicht lösen. Schwört Wolfgang Schäuble die Bürger damit auf den härtesten Sparkurs ein, den die Bundesrepublik je gesehen hat? Womöglich. Sicher ist bislang nur eins: Eine solche finanzpolitische Herausforderung hatte vor Union und FDP noch keine Bundesregierung seit dem Krieg zu bewältigen.

Peter Habne ■

Vermögensteuer
bis zu 80 Milliarden Euro

Einführung einer PKW-Maut
10 Milliarde Euro

Streichung des Elterngeldes
4,4 Milliarden Euro

Mehrwertsteuerpflicht für alle Postanbieter
500 Millionen Euro

Höhere Steuer auf privat genutzte Dienstwagen
500 Millionen Euro

Wegfall der Subventionen bei der Energiebesteuerung der Binnenschifffahrt
129 Millionen Euro

Johannes Vogel

Fast schon wie ein alter Hase

Johannes Vogel ist einer der Neuen in der FDP-Fraktion des Deutschen Bundestages. In den programmatischen Schriften junger Liberaler gehört er zu den auffallenden Autoren. Als arbeitsmarktpolitischer Sprecher kann er nun auch zeigen, wie sich seine Ideen in konkrete Politik umsetzen lassen.



Es ist 14.51 Uhr, als das Quecksilber auf dem imaginären inneren Thermometer einen riesigen Satz nach oben macht: „Nächster Redner ist der Kollege Johannes Vogel für die FDP-Fraktion“, sagt die Sitzungspräsidentin. Und damit befindet sich die gefühlte Körpertemperatur des 27-jährigen Rheinländers sprunghaft im Bereich „Lampenfieber“. Seit über vier Jahren ist er Bundesvorsitzender der Jungen Liberalen, seit mehr als zwei Jahren gehört er dem FDP-Bundesvorstand an, hat schon unzählige Reden vor Parteitag, vor dem heimischen Kreistag, bei Wahlkampfveranstaltungen

und JuLi-Treffen gehalten. Aber die „Jungfernrede“ vor dem Deutschen Bundestag – „da kann wohl niemand behaupten, dass er nicht nervös wäre“.

Die Nervosität legt sich binnen Sekunden. Denn die Abgeordneten aus Union und FDP empfangen ihn mit aufmunterndem Beifall. Jedem Kollegen ist es irgendwann selbst so ergangen. Viele haben sich dann minutiös vorbereitet und – um nur ja nichts falsch zu machen – an ihr Redemanuskript geklammert. Vogel geht anders vor. Er hat sich nur ein paar Stichwörter und Formulierungen aufgeschrieben, schaut daher, sicher wie ein alter Hase, fort-

während die Abgeordnetenkollegen an und nur ab und zu aufs Blatt.

Als Bundestagsvizepräsidentin Gerda Hasselfeldt fünf Minuten später Vogel zu „so viel Tatkraft und Schwung“ gratuliert, hat er sich bereits einen anerkennenden Zwischenruf verdient. „Merkt man gar nicht“, meint ein Regierungsmitglied zu Hasselfeldts Anmerkung, dass dies Vogels „erste Rede hier im Parlament“ gewesen sei. Und mehrere Parteifreunde kommen zu ihm, klopfen ihm auf die Schulter: Gut gemacht!

Später im Bundestagsrestaurant. Vorsichtshalber entschuldigt sich der junge Abgeordnete, gleich mal schnell

verschwinden zu müssen. Ein Kollege, ein anderer aus der Riege der gleich 40 neuen FDP-Abgeordneten, fiebert seiner Jungferrede entgegen. Und da will Vogel auf keinen Fall mit der Tradition brechen, ihm durch größtmögliche Kollegenpräsenz im Plenum den Rücken zu stärken. Vogel nippt an seiner Cola. Und erzählt, dass er gut auch woanders hätte landen können. In einem „think

fragt er sich. Die Antwort: „Jedenfalls nicht als Student.“ Und so sieht er zu, den Magisterabschluss rechtzeitig hinzukriegen.

Gerne hätte er sich eine Auszeit genommen, die Welt gesehen. Doch das Bedürfnis nach „Pause“ muss warten. Stattdessen geht es „mit Vollgas“ in den Wahlkampf. Für Vogel ist es eine „sehr intensive Zeit“, jeden Tag neu zu erfah-

„Will ich mit 27 in den Bundestag?“, fragt er sich. Die Antwort: „Jedenfalls nicht als Student.“

ren, was die Menschen beschäftigt, wie politische Angebote auf sie wirken, wie sich Wahlkampf im Internetzeitalter nicht nur auf der Straße, sondern auch auf der Datenautobahn, bei facebook, twitter & Co. abspielt. Für den Bundesvorsitzenden einer Jugendorganisation gilt das in besonderer Weise. Und das ständige Umschalten zwischen Region und Nation. Eine Woche Wahlkreis, eine Woche Bund – so ist sein Leben im Wahlkampf getaktet. Und so lernt er den Unterschied zwischen Sitzungswochen und Wahlkreiswochen schon vor seiner Wahl kennen.

Das Handy vibriert, Vogel springt auf. Schnell mal für fünf Minuten ins Plenum. Rückenstärken. Dann geht es nahtlos weiter. Mit dem „Paten“-System für neue Abgeordnete. Solange die neuen Büros noch nicht zur Verfügung stehen, kommen die Neulinge in die Büros erfahrener Abgeordneter, lernen so aus direkter Anschauung das Geschäft kennen. Vogels Glück: Sein „Pate“ ist Daniel Bahr. Der Gesundheitsexperte, der bald darauf als parlamentarischer Staatssekretär Regierungsmitglied sein wird, verhandelt über den Koalitionsvertrag mit, und so ist Vogel auch hier von Anfang an „nah dran“. Es ist die Zeit der vielen Telefonate. Denn natürlich versucht er, über seine Kontakte innerhalb des Bundesvorstandes das Regiebuch für die Politik der nächsten vier Jahre mit zu be-

einflussen. Er erlebt kleine Fortschritte und schmerzende Rückschläge.

Derweil baut er seine Mannschaft auf, setzt sie zusammen aus Vertrauten, die ihn schon seit Jahren begleiten, und empfohlenen Kennern der Abläufe, richtet sich darauf ein, seine Fachschwerpunkte in der Ausschussarbeit zu finden. Bürgerrechte liegen ihm am Herzen, die Außenpolitik wirkt spannend auf ihn. Es wird keines von beiden. Es wird der Arbeits- und Sozialausschuss. Und nicht nur das. Statt jahrelange Kärnerarbeit leisten zu müssen, um auf der Karriereleiter im Parlament voranzukommen, bekommt der Neuling gleich einen der ambitionierteren Jobs: Sprecher für Arbeitsmarktpolitik. Vielleicht hängt das damit zusammen, dass die Strippenzieher den Bundespolitiker schon eine Zeit lang beobachten konnten. Vielleicht auch damit, dass er in Theorieschriften der Partei zu den auffallenden Autoren gehörte und er nun auch mal zeigen soll, wie das in konkreter Politik funktioniert.

Die Cola wird mit einem Satz geleert. Die nächsten Termine warten schon. Die JuLis erwarten einen wahrnehmbaren Chef, der Bundesvorstand ein engagiertes Mitglied. Die Arbeitsmarktpolitik steht vor neuen Herausforderungen. Dann ist da nicht zuletzt der Wahlkreis, die Internetgemeinde. Nach den ersten Monaten sieht Vogel deshalb die Gefahr: „Es locken viele attraktive Termine, aber wer zu viele davon wahrnimmt, den kann es auffressen.“ Sein Vorsatz klingt bereits nach alter Hase: Für ihn sei inzwischen wichtig, sich „immer wieder Zeit freizuschaukeln – Zeit zum Nachdenken“.

Gregor Mayntz ■

tank“, einer Denkfabrik etwa, wie er sie bei seinem Politik-, Geschichts- und Jura-Studium schätzen gelernt hat. Politikberater, das hätte für ihn mindestens genau so „spannend“ sein können. Und insofern habe er sein Leben „nicht darauf ausgerichtet, Abgeordneter zu werden“.

Mit Vollgas in den Wahlkampf

Vogel achtet denn vor allem auf die richtige Reihenfolge, als er Anfang 2008 angesprochen wird, ob er nicht auch mal für den Bundestag kandidieren wolle. „Will ich mit 27 in den Bundestag?“,

Zur Person: Johannes Vogel, geboren 1982, ist seit 2005 Bundesvorsitzender der Jungen Liberalen (JuLi) und seit 2007 Mitglied im FDP-Bundesvorstand. Er studierte Politikwissenschaft, Geschichte und Öffentliches Recht in Bonn und war studentischer Mitarbeiter im Abgeordnetenbüro des damaligen Generalsekretärs der FDP in Nordrhein-Westfalen, Christian Lindner. Bis zu seiner Wahl als Abgeordneter des Deutschen Bundestages 2009 war Vogel jüngstes Mitglied des Kreistages im Rheinisch-Bergischen Kreis.



Horst Friedrich

„Das war eine kreative Zeit“

Nach fast zwei Jahrzehnten hat Horst Friedrich den Deutschen Bundestag verlassen. Seinen Abschied hat der versierte Verkehrsexperte der FDP-Fraktion sorgfältiger geplant als seinen Einstieg ins parlamentarische Leben.

Als der Bayreuther Industriekaufmann und Handelsvertreter Horst Friedrich vor 20 Jahren erstmals für den Bundestag kandidierte, stand er auf dem neunten Platz der bayerischen FDP-Landesliste. „Das war respektabel, aber keinesfalls sicher.“ Die erste Wahl im wiedervereinigten Deutschland werde zudem zu grandiosen Verlusten für Schwarz-Gelb führen, lauteten die einschlägigen Erwartungen für den Herbst 1990. Es kam überraschend anders – und Friedrich fühlte sich geradezu in den Bundestag

„reingespült“. Mit allen Improvisationen und schwierigen Findungsprozessen einer um viele Neulinge angewachsenen Regierungsfraktion. Vier Mal ist Friedrich seitdem wiedergewählt worden, ist auf seinem Spezialgebiet der deutschen Verkehrspolitik zu einer tragenden Säule geworden. Und hat nach dem Motto „Lieber bewusst gehen, als frustriert aufgeben“ das Ende seiner parlamentarischen Arbeit seit Langem vorbereitet.

So hat sich der 59-Jährige aus dem FDP-Bundesvorstand zurückgezogen, das Amt des stellvertretenden

Landesvorsitzenden abgegeben und auch in seinem Wirken als Bundeschef des Vereins der liberalen Männer in Deutschland einem Nachfolger Platz gemacht. Immer das Bild von Exabgeordneten vor Augen, die nicht loslassen wollten und nach einem halben Jahr trotzdem feststellen mussten, gegen ihren Willen dann doch „draußen“ zu sein. „Dieses Frusterlebnis wollte ich mir nicht antun“, erklärt Friedrich.

Warum auch sollte er sich selbst das Bild vom einflussreichen, kompetenten und geschätzten Verkehrsexperten



kaputt machen, das er sich in vielen Jahren erworben hat. Gern denkt er an die ersten achte Jahre zurück, als er eine „spannende Zeit“ nicht nur deswegen erleben konnte, weil seine Partei in der Regierung saß, sondern auch, weil gerade auf dem Verkehrssektor im Zuge des Zusammenwachsens Deutschlands viel zu bedenken, zu planen und zu entscheiden war. „Das war eine kreative Zeit“, erinnert sich Friedrich. Alle wichtigen Weichenstellungen waren in dieser Phase vorzunehmen. „Das hat richtig Freude gemacht, damals mitregieren zu dürfen“, sagt der Liberale.

Aber auch in der nachfolgenden Oppositionszeit behielt sein Wort Gewicht – nicht zuletzt als Mitglied des Eisenbahninfrastrukturbeirates bei der Bundesnetzagentur. Wie wichtig Friedrich auch für die Bahnmanager war, ist an der bedrückendsten Erfahrung abzulesen, die der Abgeordnete und seine Mitarbeiter machen mussten. Geahnt hatten sie es längst, und als sie über den Bespitzelungsverdacht sprachen, galten sie zunächst als „Nestbeschmutzer“. Dann aber stellte sich heraus, dass alles noch schlimmer war als vermutet. Ähnliche Gefühle hegt Friedrich zum Abschluss seiner Mitgliedschaft im Bundestag: dass der wahre Zustand der Bahn weiter verschleiert werde. „Ich hoffe, meine Nachfolger können etwas Vernünftiges daraus machen.“ Einstweilen ist er froh, aus der Opposition heraus bei der laufenden Bahnprivatisierung Schlimmeres verhindert zu haben.

Ausgerechnet Japan

Friedrich hat sich im Bundestag stets auch international orientiert, in einer ganzen Reihe von Parlamentariergruppen mitgewirkt, die den Kontakt zu Kollegen anderer Länder und Kontinente pflegen. Als Vorsitzender fungierte er lange Jahre in der deutsch-japanischen Gruppe. Warum ausgerechnet Japan? „Das Land hat mich immer schon fasziniert.“ Und so sei er sehr beeindruckt gewesen, als junger Abgeordneter gleich im ersten Halbjahr die fernöstlichen parlamentarischen Gepflogenheiten aus der Nähe kennenlernen und sich mit den Kollegen austauschen zu können. Die hätten sich von der „euphorischen Stimmung“ jener Zeit anstecken lassen und mit den Deutschen im fernen Japan deren Wiedervereinigung gefeiert.

Für sich hat Friedrich schon zu Beginn der vergangenen Wahlperiode entschieden, dass danach Schluss sein

soll. Seinen Parteiliefernden hat er es nach eingehenden Überlegungen erst nach den bayerischen Landtagswahlen gesagt, um in diesem Zusammenhang kein schiefes Bild aufkommen zu lassen. Und nachdem sichergestellt schien, dass die oberfränkische FDP auch wieder mit einem Mandat im nächsten Bundestag vertreten sein kann, war Friedrich in der Lage, mit sich selbst innerlich im Reinen, noch einmal Wahlkampf zu machen. Natürlich nicht mit diesem Druck, der auf den Kandidaten selbst lastet. „Etwas lockerer“ als in den zurückliegenden Jahrzehnten konnte Friedrich für seine Partei werben.

Und was macht er, wenn definitiv Schluss ist im Hohen Haus? Nach der Konstituierung des neuen Bundestages ohne ihn hat Friedrich „erst mal Luft geholt“. Die Kinder sind längst aus dem Haus, aber seine Frau kann im großen Garten „eine zweite helfende Hand sicher gut gebrauchen“. Wandern und Radfahren werden in seinem Terminkalender die Arbeitsgruppen- und Fraktionssitzungen ersetzen. Und ein Traum des Eisenbahnexperten wird dann irgendwann sicherlich Wirklichkeit werden: dass er endlich auch einmal

„Lieber bewusst gehen, als frustriert aufgeben“

seine große Modelleisenbahn im Keller aufbauen kann.

Der regionalen Politik will er erhalten bleiben. Im Landesfachausschuss Verkehr möchte die FDP noch nicht auf seine Expertise verzichten, und auch im eigenen Kreisverband wird er weiter mitarbeiten. Daneben haben sich zwei Unternehmen durch Beraterverträge sein Wissen gesichert. Und so weiß Friedrich, dass ihm auch nach seiner Zeit im Bundestag „nicht langweilig“ wird.

Gregor Mayntz ■

Zur Person: Horst Friedrich, Jahrgang 1950, war seit 1990 Mitglied des Deutschen Bundestages. Der gelernte Industriekaufmann und Betriebswirt hat sich über die Jahre den Ruf eines geschätzten und versierten Verkehrsexperten erworben. Friedrich war Mitglied im FDP-Bundesvorstand und stellvertretender Landesvorsitzender der Liberalen in Bayern.

Jan van Aken

„Unruhe und Frieden stiften“

Manch ein Kollege dürfte Jan van Aken einen Senkrechstarter nennen: Vom frisch gewählten Abgeordneten zum Fraktionsvize – dieses Kunststück schafft nicht jeder auf Anhieb. Zumal, wenn man eigentlich ein Seiteneinsteiger ist. Seine berufliche Karriere begann der studierte Biologe als Mitarbeiter bei Greenpeace und als Waffeninspekteur der Vereinten Nationen.

Das Gespräch mit Jan van Aken beginnt mit einer vermeintlich einfachen Frage. „Sie haben für die Vereinten Nationen gearbeitet. Als Bio-waffeninspekteur. Oder heißt es richtig ‚Inspektor‘?“ Van Aken zögert, seine Arbeitssprache in den vergangenen Jahren war fast durchgängig Englisch, so hat er geschrieben, so geredet. Er tippt auf Inspektor. „Aber sicher bin ich nicht. Ich müsste da auch in den Duden schauen.“

Es ist eine neue, für ihn noch immer etwas fremde Welt, die der sportlich wirkende 48-jährige Hamburger im Herbst vergangenen Jahres nach seiner Wahl in den Bundestag betreten hat. Als Spitzenkandidat der Linkspartei in Hamburg zog er ins Parlament ein, wurde von seiner Fraktion gleich zu einem der stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Erstmals in seinem Leben ist die Politik zu seinem Beruf geworden, selbst wenn er sich schon immer an der Schnittstelle von Wissenschaft und Politik sah.

Nach dem Studium verdingte sich der Biologe erst als Gentechnikexperte bei Greenpeace, gründete anschließend eine Initiative zur Ächtung von biologischen Kampfstoffen und wurde dann von den UN zum Waffeninspekteur ausgebildet. Die Linke ist seine erste Partei, nach seiner Rückkehr 2006 nach



Foto: DBT/Edgar Zippel

Hamburg ist er dort eingetreten, animiert auch durch das Engagement des Völkerrechtlers Norman Paech, seines Vorgängers im Bundestag.

Jetzt sitzt er in seinem neuen Abgeordnetenbüro Unter den Linden. Draußen auf den Fluren stapeln sich vier Monate nach seiner Wahl ins Parlament noch Möbel der Vorgänger. Auch die Einrichtung des Büros wirkt improvisiert: auf der Fensterbank ein kleiner Kaktus, eine gelbe Kunstblume an die Lampe gebunden, ein paar Fotos von der Familie mit Tesafilm an der Wand befestigt. An der Tür klebt ein großes Poster von der Siegerehrung des 200-Meter-Laufes bei den Olympischen Spielen 1968 in Mexiko: Die beiden US-Amerikaner Tommie Smith und John Carlos, Gewinner der Gold- und der Bronzemedaille, recken ihre Fäuste mit schwarzen Handschuhen in die Luft, gewaltfreier Protest der schwarzen Sportler im Geiste von Martin Luther King. „Eine tägliche Mahnung im Raumschiff Berlin“, sagt van Aken.

Rucksack statt Aktenkoffer

Jan van Aken gibt sich Mühe, nicht als etablierter Politiker zu erscheinen. Er will nicht nur vom Terminkalender getrieben werden. Seine Outdoorjacke hängt an der Garderobe, statt mit Aktenkoffer reist er mit Rucksack. Gern trägt er Kapuzenpulli und Jeans, das Sakko hält er nur für spezielle Anlässe bereit – etwa, wenn er selbst im Plenum reden muss. Er hat sich vorgenommen, die Fahrbereitschaft des Bundestages nicht in Anspruch zu nehmen, und ist auch in Berlin am liebsten mit dem Fahrrad unterwegs. Auf die Frage, wie er sich davor schützen will, die Bodenhaftung zu verlieren, sagt der Politiker: „Ich werde noch mehr als sonst auf der Straße aktiv sein. Wenn politische Arbeit sich auf Talkshows und Kleine Anfragen beschränkt, verliert man wahrscheinlich ganz schnell den Sinn für das wirkliche Leben.“

Viele Fragebögen hat der angehende Politiker schon im Wahlkampf ausfüllen müssen. Die Hamburger Regionalpresse fragte ihn nach seiner größten Schwäche: „Mein Spaß daran, den Mächtigen mal ein Bein zu stellen.“ Und was er tun würde, wenn er nicht gewählt würde: „Das



Foto: DBT/Edgar Zippel

Gleiche wie früher bei Greenpeace und den Vereinten Nationen: Unruhe und Frieden stiften.“ Bei solchen Antworten klingt durch, dass er in seinen früheren Jobs auch viel über Kampagnenplanung, Strategie und Taktik gelernt hat – Kenntnisse, die er nun für die Linke umsetzen will. Die sei, sagt er, mehr als eine Partei, „sie ist auch ein politisches Projekt, um soziale Bewegungen, Gewerkschaften oder Umweltaktivisten zu stärken und den außerparlamentarischen Druck zu erhöhen“. Präzis setzt er sich Ziele, um als Abgeordneter „die Welt zu verändern“. Spätestens zum Ende der Legislaturperiode soll der letzte Bundeswehrsoldat Afghanistan verlassen haben, deshalb streitet er für die Forderung seiner Partei nach Sofortabzug und nennt die Friedensfrage ein „Essential“ für die Linke. Froh wäre van Aken, könnte er mit Hilfe seines Abgeordnetenmandats das Thema Waffenexporte auf die politische Agenda setzen: „Die meisten Deutschen wissen gar nicht, wie viele Waffen wir exportieren. Deutschland darf keine Maschinenpistolen mehr nach Afrika liefern.“

Der Abgeordnete sieht sich verortet im linken Flügel seiner Partei. Aber er will keine Flügelkämpfe anheizen und hat seinen Teil dazu beigetragen, dass der Hamburger Landesverband das parteiinterne Image des „Chaotenhaufens“ ablegen konnte. Als Vizefraktionschef

koordiniert er die Aktivitäten der Außenpolitiker in der Fraktion, da sind alle Strömungen vertreten und van Aken muss ohnehin moderieren. Ob er nicht manchmal zu nett sei? „Nett sein hilft. Nett zu sein, finde ich gut. Ich kann aber auch auf einem Podium bis aufs Messer streiten und dann mit meinen Kontrahenten beim Bier weiter diskutieren. Die Sache muss Spaß machen.“ Während van Aken noch stutzte, dass er von den Abgeordneten der anderen Fraktionen schon bei seiner ersten Rede im Parlament „gnadenlos ausgebuht“ wurde, hat er sich in den eigenen Reihen schnell Ansehen erarbeitet. Er vertrat Fraktionschef Gregor Gysi bei Angela Merkels Unterrichtung zum Bundeswehreininsatz in Afghanistan, reiste selbst nach Kabul und Kundus. Und nach Oskar Lafontaines Ankündigung, sich aus der Bundespolitik zurückzuziehen, wurde er von Parteifreunden sogar als neuer Parteivorsitzender ins Gespräch gebracht.

Und privat? Die Familie ist ihm wichtig. Er freut sich auf die Familie, auf sein Daheim in einem Wohnprojekt am Rande von St. Pauli und nimmt gern die Kritik der drei Kinder – 11, 13 und 15 Jahre alt – hin, er koche nicht gut. Hobbys? „Nichts Besonderes“, kokettiert van Aken: „Eigentlich bin ich total langweilig.“

Matthias Meisner ■

Zur Person: Jan van Aken, geboren 1961, engagierte sich bereits während seines Biologiestudiums an der Universität Hamburg als Atomkraftgegner. Nach seinem Abschluss war er Gentechnikexperte bei Greenpeace, 1999 gründete er mit US-Forschern das „Sunshine Project“ zur Ächtung von biologischen Kampfstoffen. Ab 2003 arbeitete er bei den Vereinten Nationen als Waffeninspekteur. Seit 2009 ist van Aken Mitglied des Deutschen Bundestags und stellvertretender Vorsitzender der Fraktion Die Linke.

Lothar Bisky

Nach der Pflicht die Kür

Vier Jahre lang war Lothar Bisky Abgeordneter des Deutschen Bundestages, und er verabschiedet sich mit einer kleinen Spitze. Auf die Frage, was ihm im Parlament am besten gefallen habe, sagt er: „Der Keller.“

Bisky lacht. Hat er nur einen Witz gemacht? Der Parteivorsitzende der Linken zählt auf, was ganz unten alles dazugehört: Er nennt die Kantine, den Wachschutz, die Handwerker und die Putzfrauen. „Das normale Volk“, erklärt Bisky. „Im Keller bin ich immer richtig gut behandelt worden.“ Wohlgefühl habe er sich dort, „Solidarität erfahren“.

Kulturwissenschaftler ist Bisky in der DDR gewesen, unter anderem an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim SED-Zentralkomitee, später als Rektor an der Filmhochschule Potsdam-Babelsberg. Gleich nach der Wende verschlug es ihn in die Politik: Er half mit, aus der SED die PDS zu machen, wurde für sie erst Fraktionschef in Brandenburg, dann von 1993 bis 2000 und noch einmal 2003 Vorsitzender im Bund. Drei Jahre zwischendurch hatte er nochmal eine Professur in Babelsberg, die er für seine Partei wieder an den Nagel hängte. Gemessen an diesem Lebenslauf sind die vier Jahre im Bundestag für den 68-jährigen Cineasten wohl nicht mehr als ein paar Szenen.

Ohne Fraktion

Durchaus bedeutsame: Denn vergessen hat Bisky nicht, wie es war ohne Fraktion im Bundestag, vertreten allein durch die direkt gewählten Abgeordneten Gesine Löttsch und Petra Pau. Nur „mitleidig zugehört“ habe man ihm, als er vor sieben Jahren, in der wohl schwierigsten



Fotos: photothek.net/Thomas Köhler

Phase der SED-Nachfolgepartei, erneut den Vorsitz übernahm. „Wir waren auf Talfahrt“, erinnert sich Bisky. Und tat sich die mühselige Arbeit an, die ewigen Rechthaber unter seinen Genossen in die Schranken zu weisen und die PDS wieder zur „Partei der Kümmerer“ zu machen. 2004 schrieb er ein Buch, „So vie-

le Träume“, mit der Pointe, dass ihm alle „endlich Ruhe“ gönnen würden, wenn es seine Partei wieder in Fraktionsstärke in den Bundestag schaffen sollte.

So rasch wurde es dann doch nichts mit der Ruhe. Gregor Gysi und auch Oskar Lafontaine erwarteten das Mittun von Bisky, damit keiner zweifelt an der Ernsthaftigkeit des Projektes Linkspartei. Seine Kandidatur für den Bundestag empfand er selbst als Pflichtaufgabe. „Ich hab mich nie gedrängt. Es war nötig, um zu zeigen: Der glaubt selber dran.“ Eine Hassliebe offenbart Bisky bei solchen Worten, es ist die gleiche Hassliebe, die ihn mit seiner Partei verbindet. „Komisch“ fand

„Die Linke kann nicht in Bremen ‚hü‘ und in Potsdam ‚hott‘ rufen“

er auch die PDS, wie er immer wieder zugab. Mit dem Satz „Die finale Mülltonne ist voll“ hatte er 2000 nach Endlos-Streitereien seiner Genossen den Parteivorsitz zurückgegeben. „Beinahe fertig“ fühlte sich Bisky mehrfach im Politikgeschäft. Er hat sich immer wieder hochgerappelt, und mit ihm die Partei. Etwas Preußisches empfindet er selbst dabei. Und ergänzt, dass einen der politische Betrieb auch „killen“ könne.

Der Dritte Mann

Lothar Bisky war neben Gregor Gysi und Oskar Lafontaine der dritte Mann

Bisky wurde 1941 in Pommern geboren, seine Eltern flohen mit ihm nach Schleswig-Holstein. Er ging 1959, mit 18, allein in die DDR, angeblich, weil seine Familie das Geld für sein Abitur im Westen nicht aufbrachte. In seinem Buch schreibt er, dass er der DDR nicht nachtrauere, aber auch „längst nicht alles“ an der alten Bundesrepublik schätze. Auf Fragen, ob er angekommen sei im vereinigten Deutschland, bekennt er trotzig: „Ich bin da.“ Es nervt ihn immer wieder, wenn seine Parteifreunde aus Ost und West übereinander herfallen. „Die Linke kann nicht in Bremen ‚hü‘ und in Potsdam ‚hott‘ rufen“, verlangt er. Auch

nie wissentlich IM gewesen zu sein. Das Gegenteil wurde nie belegt.

Nach dem Wiedereinzug in den Bundestag 2005 schlug die Linksfraktion Bisky als Kandidaten für das Amt des Vizepräsidenten vor. Die Parlamentsmehrheit ließ ihn viermal durchfallen, entgegen allen bisherigen Gepflogenheiten. „Abgestempelt“ fühlte sich Bisky damals. Er berichtete, er habe sich nach der Abstimmungs-niederlage Filme von Stanley Kubrick angesehen, darunter „2001 – Odyssee im Weltraum“. „Der Film lässt einen in die Unendlichkeit blicken“, sagt er. „Man schwebt. Man merkt, wie wenig man eigentlich ist.“



in der Spitzencombo der Linken, beim Rostocker Parteitag im Mai 2010 wird er ebenso wie Lafontaine als Chef der Linkspartei abtreten. Große Reden hat Bisky im Bundestag nicht gehalten, und auf Parteitag holpert er durch die Manuskripte, sich stets streng an die Vorlage haltend. „Ich trainiere jetzt ab“, sagt er über seinen Wechsel nach Brüssel, und wieder lacht er zu seiner Auskunft. Im Juni 2009 war er in das Europaparlament gewählt worden, wurde gleich Chef der linken Fraktion und erwartet dennoch, dass für ihn nun endlich die Kür kommt. „Nicht so parteiborniert“ sei das Straßburger Parlament, sagt Bisky.

im Bundestag hatte Bisky immer wieder das Gefühl, er müsse seine Biografie erklären, sich und seine Parteifreunde empfindet er als „isoliert“. War da was? Aus einem Aktenfund in den „Rosenholz-Dateien“ ging hervor, dass Bisky von 1966 an als Inoffizieller Mitarbeiter der Stasi geführt wurde. Er selbst entgegnet,

Inzwischen meint er, die Sache damals habe „kurz wehgetan“. Aber als „alter Dialektiker“ müsse er feststellen, dass jede Niederlage „die Chance für einen Sieg“ beinhalte. In diesem Fall war es so, dass er mehr Zeit für seine Partei gehabt habe, „vielleicht war das sogar besser“.

Matthias Meisner ■

Zur Person: Lothar Bisky, Jahrgang 1941, war schon auf vielen Feldern tätig: Kulturwissenschaftler, Hochschulrektor, Vizepräsident des Brandenburger Landtages und Vorsitzender der PDS und heute der Partei Die Linke. Ab 2005 war Bisky Mitglied des Bundestages und medienpolitischer Sprecher seiner Fraktion, seit Juni 2009 ist er Abgeordneter des Europäischen Parlaments und dort Fraktionsvorsitzender der Vereinten Europäischen Linke/Nordischen Grünen Linken.

Agnes Malczak

„Freundlich, aber mit Nachdruck“

Sie ist die jüngste Frau unter den Abgeordneten im Deutschen Bundestag. Mit Elan hat sich Agnes Malczak auf ihr „persönliches Herzensthema“ gestürzt: die Friedens- und Sicherheitspolitik. Im 17. Deutschen Bundestag ist sie abrüstungspolitische Sprecherin der Grünen.

Die 25-Jährige mit polnischen Wurzeln hat sich früh und konsequent in die Politik gestürzt. Sie erinnert sich an lebhaft politische Diskussionen in ihrem Elternhaus, obgleich die Eltern nicht Mitglieder einer Partei sind. „Irgendwann mit 17 hatte ich die Einsicht, ich verändere nichts, wenn ich mich aufrege und meckere. Dann habe ich beschlossen: Jetzt gehe ich zu den Grünen.“ 2004 schloss sie sich der Partei an und wurde 2005 Mitglied des Tübinger Kreisvorstandes. Von 2007 bis Dezember 2009 war sie Landesvorsitzende der Grünen Jugend Baden-Württemberg.

Innerhalb der Partei ordnet sich Malczak bei den Linken ein, sieht sich aber nicht als Fundamentalistin: „Ich bin gerne hart in der Sache, aber Flügel und Gräben, die ins Persönliche gehen, dagegen wehre ich mich komplett“, sagt sie. Zu ihren Mentoren zählen der Abgeordnete Winfried Hermann, der wie sie aus Baden-Württemberg stammt und sich ebenfalls im linken Lager verordnet, aber auch der Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer, ein ausgewiesener Realo. Von ihm habe sie als Trainee „unheimlich viel gelernt“, sagt sie.

Nicht minder wichtig ist für sie Winfried Nachtwei, der jahrelang die Verteidigungspolitik von Bündnis 90/Die Grünen geprägt hat. Als Allererstes nach ihrer Wahl in den Bundestag habe sie sich bei Nachtwei vorgestellt, sagt sie. Sie hätten sehr lange gesprochen: „Er hat mir viele Tipps gegeben. Ich kann ihn immer anrufen.“ Mit seiner Expertise stehe er ihr und der Fraktion noch immer zur Verfügung.

Ihre erste Bundestagsrede hat die selbstbewusste Dortmunderin, die in Tübingen Politikwissenschaft studiert und für den Kreis Ravensburg im Bundestag sitzt, zur atomaren Ab-

„Irgendwann mit 17 hatte ich die Einsicht, ich verändere nichts, wenn ich mich aufrege und meckere. Dann habe ich beschlossen: Jetzt gehe ich zu den Grünen.“

rüstung in Deutschland gehalten. Auch die schwarz-gelbe Regierung hat sich in ihrem Koalitionsvertrag darauf festgelegt, die Abschaffung der vermutlich noch 20 US-Atomwaffen anzustreben, die aus der Zeit des Kalten Krieges im Fliegerhorst Büchel in Rheinland-Pfalz lagern. An dieses Ziel wollte Malczak die Koalitionäre „freundlich, aber auch mit Nachdruck erinnern“. Nur wer selbst auf die nukleare Teilhabe verzichte, könne auch von anderen den Verzicht auf Atomwaffen verlangen.

Härter geht sie mit der Bundesregierung ins Gericht, wenn es um Afghanistan geht. Bei der Verlängerung des Bundestagsmandats für die Be-



teiligung der Bundeswehr am ISAF-Einsatz Anfang Dezember stimmte sie mit Nein. Damit habe sie keinesfalls für einen Sofortabzug plädiert, denn „das würde sofort zur Destabilisierung“ am Hindukusch führen. Es geht ihr um ein „Nein zum Mandat, das die Bundesregierung vorgelegt hat, weil die zivile und die militärische Komponente in keinem Verhältnis zueinander stehen“. Außerdem werde eine Abzugsperspektive mit keinem Wort erwähnt.

„Eine Aufbauperspektive und eine Abzugsperspektive“ für Afghanistan – beides ist der resoluten jungen Abgeordneten gleichermaßen wichtig. Statt noch mehr Geld in Truppenaufstockung zu stecken, müsse man den zivilen Aufbau in den Vordergrund rücken, allem voran müsse die Polizeiausbildung verstärkt werden. Ein festes Datum für den Abzug zu nennen, hält Malczak nicht für klug. Man könne dann schlecht auf aktuelle Entwicklungen reagieren, zum anderen könnten die Taliban ihre Strategie auf dieses Datum abstellen.

Viele Abgeordnete der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen denken ähnlich wie Malczak, doch die meisten enthielten sich bei der Abstimmung über das Afghanistan-Mandat der Stimme. Ein bisschen wollte sie mit ihrem Stimmverhalten offenbar auch ihre Eigenständigkeit demonstrieren. Sie komme ganz klar „aus der friedensbewegten Ecke“, sagt Malczak. Sie habe mit ihrem Nein ihre „massive Kritik“ an der Strategie der jetzigen und der vorherigen Bundesregierung ausdrücken wollen. Und schließlich sei die Erteilung und Verlängerung von Mandaten eine Frage, die „am meisten das Herz und das

„Ich möchte nicht wirtschaftlich von der Politik abhängig sein, und ich möchte mich nicht verbiegen müssen.“

Gewissen von Abgeordneten fordert“. Das imperative Mandat ist eben auch bei den Grünen schon lange Geschichte.

Was die Basis denkt, ist Malczak gleichwohl wichtig. Auf den Kontakt zu den Bürgern in ihrem Wahlkreis legt sie großen Wert: Sie wolle sich nicht im „Raumschiff“ Bundestag abkoppeln. Nach wie vor fühlt sie sich der Grünen Jugend in Baden-Württemberg verpflichtet. Ihre Privatwohnung hat sie von Tübingen in ihren Wahlkreis Ravensburg verlegt, um näher an denen zu sein, die sie gewählt haben.

Auch die „Erdung“, die ihr Freunde und Familie geben, ist ihr wichtig. Sie lege großen Wert darauf, Leute zu kennen,

die sich wenig für Politik interessieren. Wenn der Parlamentsjob einmal etwas mehr zur Routine geworden ist, will sie sich für Freunde wieder mehr Zeit nehmen. Auch den vernachlässigten Wurzeln in Polen möchte sie sich widmen. Ihr sei „bewusst geworden, wie wertvoll das ist“ – in zwei europäischen Ländern beheimatet zu sein. Polnisch spricht sie fließend, obwohl sie bereits mit vier Jahren mit ihrer Familie nach Dortmund kam.

In der parlamentarischen Sommerpause will sie auf jeden Fall ihren Magisterabschluss zu Ende bringen. Immerhin könnte theoretisch auch einmal der Fall eintreten, dass die Partei und sie sich auseinanderentwickelten. „Dann möchte ich nicht wirtschaftlich von der Politik abhängig sein, und ich möchte mich nicht verbiegen müssen“, sagt sie mit Bestimmtheit. Und: „Ich kann mir nicht vorstellen, dass ich bis 60 im Bundestag sitze.“ In diese Rechnung geht auch ein, dass Bündnis 90/Die Grünen ihre Abgeordneten traditionell nicht gerne am Stuhl kleben sehen.

Was die Kontakte zu den anderen Fraktionen angeht, so ist Malczak durchaus offen. Sie kennt viele CDU-Abgeordnete aus ihrer Wahlheimat Baden-Württemberg, hält Kontakt zu den Gleichaltrigen anderen Fraktionen. Allerdings hat sie auch erlebt, dass „junge Männer von der konservativen Seite auf meine Piercings eher skeptisch reagieren“. Im Großen und Ganzen fühlt sie sich von den Kollegen, besonders in der Fraktion, ernst genommen.

So umgänglich der eine oder andere CDU-Kollege sein mag, hinsichtlich schwarz-grüner Koalitionen ist sie skeptisch. Zwar sagt sie: „Für mich ist gar nichts ausgeschlossen.“ Aber „Ausschließeritis“ sei auch nicht falsch, wenn Programme und Personen nicht zusammengingen wie beispielsweise in Hessen mit dem CDU-Ministerpräsidenten Roland Koch. Während Schwarz-Grün in Baden-Württemberg zumindest denkbar sei, sieht sie auf Bundesebene eine „sehr große Distanz“ zur CDU. Eher kann sie sich vorstellen, dass auf Bundesebene auf längere Sicht ein rot-rot-grünes Projekt realisiert wird.

Claudia Kemmer ■

Foto: DBT/Sebastian Fischer

Zur Person: Agnes Malczak wurde am 8. Februar 1985 in Liegnitz (Legnica) in Polen geboren und kam mit ihrer Familie 1989 nach Dortmund. Seit 2004 studiert sie Politikwissenschaft, Öffentliches Recht und Philosophie an der Universität Tübingen. Von 2005 bis 2008 war sie im Tübinger Kreisvorstand ihrer Partei, von 2007 bis Dezember 2009 Vorsitzende der Grünen Jugend Baden-Württemberg. Über die Landesliste Baden-Württemberg zog sie im September in den Bundestag ein. Sie ist abrüstungspolitische Sprecherin ihrer Fraktion.

Winfried Nachtwei

Der Krisenvermittler

Leicht ist ihm sein Abschied nicht gefallen. 15 Jahre war Winfried Nachtwei Mitglied des Deutschen Bundestages und hat sich einen Namen als Verteidigungsexperte gemacht. Zur Wahl im September 2009 hat der Vollblutpolitiker seine „letzte Chance einer Resozialisierung“ wahrgenommen und den Bundestag verlassen. An seinen Spezialgebieten Afghanistan und Krisenprävention wird er trotzdem dranbleiben.

Für einen Friedenspolitiker ist es vielleicht ungewöhnlich, für einen Grünen erst recht: Winfried Nachtwei hat als junger Mann zwei Jahre Wehrdienst geleistet. Schon damals ist er der Auffassung gewesen: „Zur Verteidigung unserer Freiheit musst du das tun.“ Zur Friedensbewegung stieß der Gymnasiallehrer aus Dülmen in den 80er-Jahren – im Zusammenhang mit der Stationierung von Mittelstreckenraketen in Deutschland. Da sei bei ihm „eine langjährige Verdrängung geplatzt“, sagt das Gründungsmitglied der Grünen. Damals sei ihm aufgegangen, dass die atomare Abschreckung eine „Totverteidigung“ sei.

Politisch interessiert war er bereits während der Schul- und Studienzeit. Die Anregung, in die Politik zu gehen, kam von einem Mitstreiter aus der Friedensbewegung. Er selbst habe gern unterrichtet, sagt er, und: „Das Bild von der Politik war damals das eines Haifischbeckens.“ Als er sich 1983 auf einem wenig aussichtsreichen Listenplatz erstmals für den Bundestag bewarb, war er „ganz froh drum, dass es nicht geklappt hat“. 1994 schaffte er schließlich den Einzug.

Nachtwei tauschte nur zögerlich seinen Lehrerberuf gegen das Politikerleben. Und er hat enormen Gefallen daran gefunden. Noch kurz vor der Bundestagswahl im September waren in seinem Büro keine Spuren von Umzug oder Abschied zu erkennen. Über Freizeit mochte er in seiner Zeit als Abgeordneter gar nicht nachdenken – auch wenn er immer darauf bedacht gewesen ist, sich eine Art „Restmußefähigkeit“ zu erhalten. Bei ruhiger Arbeit habe er sich erholt, betont er – etwa beim Schreiben oder bei Diavorträgen über Afghanistan: „Da brauche ich keine Briefmarken zu sammeln.“ Eine Radtour um den Aasee in seiner Heimat Münster ist für ihn Kurzurlaub.

Auf Glatteis

Selbst das Radfahren bringt ihn wieder zur Politik. Einmal sei er absichtlich bei Glatteis zu einer Koalitionsrunde mit dem damaligen SPD-Fraktionschef Peter Struck gefahren. „Als Politiker muss man sich auf Glatteis bewegen können“, soll das heißen. Das gilt sogar für die eigene

Partei. Sein Politikfeld, die Friedens- und Sicherheitspolitik, sei für Grüne bisweilen ein „politisches Minenfeld“.

Als Verteidigungsexperte hat sich Nachtwei über die Parteigrenzen hinweg viel Anerkennung verdient. Von 2002 bis 2005 war er sicherheitspolitischer Sprecher seiner Fraktion, seit 2002 Obmann im Verteidigungsausschuss und im Unterausschuss Rüstung und Rüstungskontrolle. Als Dilemma empfand er die Entscheidung über den Einsatz im Kosovo 1999, den ersten Kriegseinsatz der Bundeswehr seit dem Zweiten Weltkrieg. „Das war krass“, erinnert sich Nachtwei. Viele Grüne hätten große Bedenken gegenüber Luftwaffeneinsätzen in der serbischen Provinz gehabt. Andererseits habe man sich vorstellen müssen, was passiert wäre, wenn man die Situation habe weiterlaufen lassen. Das wäre auf eine „sehr wirksame, stille Vertreibung“ der Kosovo-Albaner hinausgelaufen.

Als Zerreißprobe empfand er auch die Abstimmung über den Antiterror-einsatz der Bundeswehr in Afghanistan im November 2001. Um sich die Zustimmung seiner widerspenstigen rot-grünen Koalition für den Einsatz zu sichern, verband der damalige Kanzler Gerhard Schröder die Abstimmung mit der Vertrauensfrage. Damals grübelte



Foto: DBT/studio kohlmeier

Zur Person: Winfried Nachtwei, Jahrgang 1946, ist Gründungsmitglied der Grünen. Bevor er 1994 in den Bundestag gewählt wurde, arbeite er 17 Jahre lang als Lehrer für Geschichte und Sozialwissenschaften. Nachtwei war sicherheitspolitischer Sprecher seiner Fraktion und seit 2002 Obmann im Verteidigungsausschuss. 2003 wurde er als Krisenvermittler in die Liste von Persönlichkeiten der vorbeugenden Diplomatie bei den Vereinten Nationen aufgenommen.



Foto: Picture-Alliance/Maurizio Gambarini

Nachtwei ein Wochenende lang über die Frage: „Gibst du dein Mandat zurück?“ Allerdings sei klar gewesen, wenn die Vertrauensfrage scheitern würde, „dann ist auch Schluss mit Rot-Grün, dem historisch erstmaligen Projekt“.

Das Engagement für Afghanistan gehört neben dem Thema Krisenprävention zu Nachtweis Leidenschaften. Um die richtige Strategie für den Einsatz am Hindukusch kreisen seine Gedanken. Nachtwei ist ein Befürworter des ISAF-Einsatzes, und trotzdem hat er bei der Verlängerung der Mandate 2007 und 2008 im Bundestag dagegen gestimmt. Er räumt ein, dass das vielleicht schwer zu verstehen ist, und erklärt: Die Bundesregierung verhalte sich halbherzig bei der Umsetzung des vernetzten Ansatzes. Sie bleibe eine Antwort darauf schuldig, wie die Abwärtsspirale im Raum Kundus, wo die Bundeswehr seit zwei Jahren immer häufiger angegriffen wird, gestoppt werden könne.

Nachtwei vereinfacht nicht. Er warnt auch die nachfolgende Grünen-Generation vor der Versuchung zu polarisieren – um der öffentlichen Aufmerksamkeit willen. Alles, was er zu Afghanistan sagt, spiegelt die vielen Facetten der Wirklichkeit. Auf die Frage, ob die Bundeswehr

„Sicherheitspolitik, ist für Grüne bisweilen ein politisches Minenfeld.“

in Afghanistan Krieg führt – wie es etwa der Bundeswehrverband sieht – hat er kein klares Ja oder Nein parat. Da ist zum einen die taktische Ebene: Im Raum Kundus führten die Taliban einen Guerillakrieg gegen die eigenen Sicherheitskräfte, gegen ISAF und die Bundeswehr. Das empfinden auch die Soldaten vor Ort als Krieg. Auf der strategischen Ebene jedoch ist ISAF immer noch eine Stabilisierungsmission, auch wenn sie Züge der „Friedenserzwingung“ annehme, sagt Nachtwei. Auf der militärischen Ebene allein sei der Konflikt jedoch nicht zu gewinnen. Der Friedenspolitiker weiß: „Man muss über den Tellerrand des Militärischen hinausgucken.“

Das von der Bundeswehr Anfang September 2009 angeforderte Bombardement zweier Tanklastzüge am Fluss Kundus, die zuvor von den Taliban gekapert worden waren, macht Nachtwei Sorgen.

Er sieht es als „einschneidendes Ereignis“, denn es war der opferreichste Konflikt im deutschen Verantwortungsbereich in Afghanistan. Nach NATO-Erkenntnissen kamen dabei auch Zivilisten ums Leben – was der damalige Verteidigungsminister Franz Josef Jung zunächst leugnete. Es sei eine „besondere Tragik“, dass ausgerechnet der Bundeswehr, für die der Schutz der Bevölkerung immer das A und O gewesen sei, dies passiert sei, meint Nachtwei. Er geht aber weiterhin davon aus, „dass die Bundeswehr jetzt nicht auf einen aggressiven Kurs einschwenkt, sondern dass diese Katastrophe vor dem Hintergrund einer Extremsituation geschah“.

Nachtwei ist zufrieden mit sich und seinen 15 Jahren im Bundestag. Auf der Habenseite verbucht er, dass er in der rot-grünen Koalition den Aktionsplan Krisenprävention mit durchgesetzt hat und dass er zu dem „kleinen Kreis derjenigen gehört hat, die es hingekriegt haben, dass Deutschland sich nicht am Irak-Krieg beteiligte“. Auch die Entwicklung seiner Partei gefällt ihm. Die Grünen seien auf eine gute Weise etabliert, „in der Mitte der Gesellschaft angekommen“.

Claudia Kemmer ■

Integration

Eine Chance für jedes Kind



Simon

Fabian

Konrad

Ob Schule, Ausbildung oder Arbeitsmarkt: Kinder von Einwanderern haben oft schlechtere Chancen als Kinder deutscher Eltern. Sollte die Politik die Verantwortung der Familien in den Vordergrund stellen oder stärker in Schulen, Ganztagsbetreuung und vorschulische Bildung investieren? Im Streitpunkt von BLICKPUNKT BUNDESTAG diskutieren darüber die familienpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Fraktion Dorothee Bär und der Bezirksbürgermeister Berlin-Neuköllns Heinz Buschkowsky (SPD).

Doriano Gennaro

MUSTATA

Früher hießen sie Gastarbeiter und ermöglichten das deutsche Wirtschaftswunder. Heute nennen wir sie „Mitbürger mit Migrationshintergrund“. Die Bezeichnung für die bei uns lebenden Einwanderer mag fortschrittlicher und politisch korrekter sein – die Probleme sind geblieben, teilweise sogar größer geworden. Kein Wunder: Mit einem Anteil von deutlich über 15 Prozent an Ausländern und Migranten mit deutschem Pass liegt Deutschland auf Platz eins der Einwanderungsländer in Europa.

Die Einsicht, dass dies keine Bedrohung, sondern eine Bereicherung sein kann, hat sich in der Politik, wenn auch noch nicht in der gesamten Gesellschaft, durchgesetzt. „Integration ist eine der wichtigen Zukunftsaufgaben der Bundesrepublik Deutschland“, hat Bundeskanzlerin Angela Merkel kürzlich angemerkt. Deutschland dürfe das Potenzial, das in den Zuwanderern liege, auf keinen Fall brachliegen lassen. Besonders den Kindern von Einwanderern, die nach einer OECD-Studie noch immer deutlich schlechtere Chancen auf dem deutschen Arbeitsmarkt haben, müssten „alle Chancen“ gegeben werden.

Auch die Opposition fordert neue und zusätzliche Integrationsanstrengungen. Schon aus wirtschaftlichen und demografischen Gründen könne Deutschland es sich nicht leisten, dass eine ganze Generation von Jugendlichen mit Migrationshintergrund keine Zukunftschance habe. Denn jeder Schulabbrecher von heute sei ein Hartz-IV-Empfänger von morgen – mit allen Folgen für das soziale Gefüge in unserer Gesellschaft.

Trotz aller Anstrengungen und Teilerfolge bei der Integration von Migranten bleiben gravierende Mängel unübersehbar. Vor allem in der zweiten und dritten Generation der Zugewanderten, also bei den Kindern und Enkeln, häufen sich die alarmierenden Fakten: Die deutschen Sprachkenntnisse werden oft nicht besser, sondern schlechter; jeder fünfte Ausländer bricht die Schule ab; von den 20- bis 29-jährigen Ausländern haben über 30 Prozent keine abgeschlossene Schulausbildung. Mit der Folge deprimierender Aussichten auf dem Arbeitsmarkt. Woraus sich häufig

wieder der Rückzug in die Parallelgesellschaft der eigenen Herkunft ergibt. Vor allem bei den Türken vermeldet eine neue Studie erhebliche Integrationsdefizite.

„Mit Zahlen um sich werfen ist leicht, die Realität verändern eher schwer.“

Dorothee Bär

Hat die Politik, hat die deutsche Gesellschaft der Integration bislang zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt, oder fehlt

auch bei den Migranten selbst bisweilen der Wille zur Eingliederung, zum gesellschaftlichen Aufstieg? Wie weit ist es mit der gegenseitigen Toleranzbereitschaft bestellt? Muss die Devise – ähnlich wie bei Hartz IV – auch bei der Integration nicht nur fördern, sondern auch fordern heißen? Fragen, denen sich der Deutsche Bundestag neu zu stellen hat. Und dann natürlich: Wo im Einzelnen ansetzen? Einigkeit herrscht in Berlin darüber, dass der Schlüssel für eine bessere Integration die Sprachförderung, eine qualifizierte Ausbildung und ein verbesserter Zugang zum Arbeitsmarkt ist. Aber da stehen unterschiedliche familien- und bildungspolitische Leitbilder im Weg: Soll die Politik



Foto: DBT/photothek.net/Thomas Köhler

die Verantwortung der Familie und der Eltern in den Vordergrund stellen oder sollte der Staat statt immer neuer Transferzahlungen stärker als bisher direkt in Bildung, also in Schulen, Ganztagsbetreuung und vorschulische Bildung investieren?

Über diese Fragen führt BLICKPUNKT BUNDESTAG ein Streitgespräch mit der familienpolitischen Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Dorothee Bär und dem Bezirksbürgermeister von Berlin-Neukölln Heinz Buschkowsky (SPD), in dessen Bezirk sich Migrationsprobleme wie nirgends sonst in Deutschland widerspiegeln und der darüber ein Mann der deutlichen Aussprache geworden ist.

Blickpunkt Bundestag: Frau Bär, welche Dimension hat die Integrationsfrage für unsere Gesellschaft?

Dorothee Bär: Integration ist eine entscheidende Zukunftsfrage für unser Land. Die Bereitschaft zur Integration ist aber keine Einbahnstraße: Sie gilt für diejenigen, die schon immer hier leben, genauso wie für die, die neu zu uns kommen. Integration hat zudem eine langfristige Dimension. Wir müssen aufpassen, dass sich keine Parallelgesellschaften bilden. Und die Bürger mit einem Migrationshintergrund sollen dieselben Startchancen bekommen wie alle anderen auch. Nur so können die Ziele Integration und solidarische Gesellschaft erreicht werden.

Blickpunkt: Die Integrationsprobleme sind eher größer statt kleiner geworden. Tickt da eine gesellschaftspolitische Zeitbombe?

Heinz Buschkowsky: Die Dimension des Themas ist vielen tatsächlich erst in den letzten Jahren bewusst geworden, als die Fehlentwicklungen bei den bildungsfernen Schichten und den Menschen mit Migrationshintergrund wirklich nicht mehr zu übersehen waren. Davor war es ein Thema für Feinschmecker, für Doktorarbeiten. Leider hat sich die Politik viel zu langsam und viel zu theoretisch mit den massiven Problemen beschäftigt. Dabei haben wir nun wirklich keinen Erkenntnismangel, sondern ein Handlungsdefizit.





Foto: DBT/photothek.net/Thomas Köhler

Blickpunkt: Zieht sich die Politik diesen Schuh an, Frau Bär?

Bär: Meine Partei, die CSU, hatte hier immer klare Positionen. Wir haben nie etwas verklärt, haben nicht freudig wie andere nach Multikulti gerufen, sondern stets auf notwendige Anstrengungen hingewiesen, etwa beim Erlernen der deutschen Sprache. Dafür hat man uns früher heftig kritisiert. Jetzt wissen alle, wie unabdingbar der Spracherwerb für die Integration ist.

Buschkowsky: Sprache und Bildung – das ist der Schlüssel, wenn wir von Integration sprechen. Das gilt sowohl für Migranten wie für deutschstämmige Menschen. Denn nicht nur Menschen mit Migrationshintergrund verpassen den Weg in die Gesellschaft. Jeder, der nicht in die Gesellschaft integriert wird, ist ein Riesenproblem, ein soziales wie finanzielles, denn die Gesellschaft, und damit wir alle, bezahlen die Kosten des Reparaturbetriebes.

Blickpunkt: Wann fängt Bildung an? Wo muss man ansetzen? In der Familie, bei den Eltern, im Kinderhort?

Bär: Bildung beginnt schon in der Schwangerschaft, im Bauch der Mutter. Auch hier lernen die Kinder schon. Bildung bedeutet ja nicht nur, dass man mathematische Formeln erlernt und sich fit macht für einen Abschluss, sondern Bildung hat auch viel mit Herzenswärme, mit Werten und Bindungen zu tun. Insofern ist es zu kurz gegriffen, wenn man nur auf Kindergärten und Schulen blickt, so wichtig sie natürlich für Bildung und Erziehung sind.

Buschkowsky: Der Kindergarten ist die entscheidende frühkindliche Bildungsinstitution, insbesondere in einer Gesellschaft wie der unseren, die sich zu einer Ein-, maximal Zwei-Kinder-Familie entwickelt hat. Da findet die Sozialisation der Kinder kaum noch untereinander statt, als Ersatz dient nun der Kindergarten. Über seine Sozialisierungsfunktion hinaus muss er heute aber noch mehr leisten: die Vermittlung der deutschen Sprache. Viele der Kinder, die heute zur Schule kommen, beherr-

schen die deutsche Sprache gar nicht oder nur radebrechend. Das ist ein Manko, das meist nicht mehr aufgeholt werden kann.

Bär: Sie werfen da ziemlich viel in einen Topf, Herr Buschkowsky. Kinder sind von Natur aus neugierig, die muss man nicht zum Jagen tragen. Ob schon Dreijährige im Kindergarten vorschulisch getrimmt werden sollten, ist durchaus umstritten. In Bayern haben wir Deutsch-Vorbereitungskurse vor der Schule eingerichtet. Die Folge ist, dass in Bayern kein einziges Kind eingeschult wird, das die deutsche Sprache nicht beherrscht. Das gilt sowohl für Migrantenkinder wie für Kinder aus bildungsfernen Schichten.

Blickpunkt: Was halten sie davon, das letzte Kindergartenjahr als Vorschuljahr zur Pflicht zu machen?

Bär: Dazu sehe ich keine Notwendigkeit. In Bayern haben wir im dritten Kindergartenjahr eine Quote von über 98 Prozent. Die restlichen zwei Prozent erreichen wir über die Vorbereitungskurse. Dennoch hätte ich nichts gegen ein kostenfreies, zugleich verpflichtendes Vorschuljahr. Aber das ist Ländersache. Und einige von ihnen, wie Bayern, finanzieren schon jetzt über den Länderfinanzausgleich die Kindergärten anderer Länder mit. Das erscheint mir nicht gerade gerecht.

Buschkowsky: Prozentzahlen sagen wenig aus. Gezählt werden nämlich Kindergartenverträge, nicht anwesende Köpfe. Wie viele Kinder sind wirklich jeden Tag da? Für wie viele Kinder ist die Kita nur eine Kindergarage, wo sie abgestellt werden und nicht wirklich am Bildungsangebot teilnehmen. Abstrakte Prozentzahlen sind Totschlagargumente, um sagen zu können: Wir müssen nichts tun, es ist alles geregelt.

Blickpunkt: Ihre Partei, die CSU, Frau Bär, setzt stark auf die häusliche Erziehung, will diese mit einem Betreuungsgeld attraktiver machen.

Zur Person: Dorothee Bär, geboren 1978 in Bamberg, ist familienpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Fraktion. Während ihres Politikstudiums in München und Berlin arbeitete sie als Journalistin und wurde 2002 Mitglied des Deutschen Bundestages. Seit 2009 ist Bär stellvertretende Generalsekretärin der CSU.

www.dorothee-baer.de

Zur Person: Heinz Buschkowsky (SPD), geboren 1948 in Berlin, widmet sich seit mehr als dreißig Jahren der Kommunalpolitik in Berlin-Neukölln. Seit 2001 ist er Bezirksbürgermeister des Berliner Stadtteils, in dem sich Migrationsprobleme wie nirgends sonst in Deutschland widerspiegeln.

www.berlin.de/ba-neukoelln/

Konterkariert das nicht jedes Integrationsbemühen?

Bär: Wir haben einen ganzheitlichen Ansatz, indem wir den Eltern die Wahlfreiheit geben wollen. Was soll daran schlecht sein? Die Lage einer Familie ist doch vielseitiger, als es etwa Herr Buschkowsky und die SPD zugestehen wollen. Wir malen nicht schwarz-weiß, sondern unterstützen unterschiedliche Lebensmodelle. Und deshalb wehre ich mich gegen den Vorwurf, dass derjenige, der sein Kind drei Jahre zu Hause lassen möchte, seinem Kind schlechte Startchancen gibt. Das Gegenteil kann der Fall sein.

Buschkowsky: Ich halte es, gelinde gesagt, für völlig überholt, wenn man eine finanzielle Belohnung dafür gibt, dass Eltern ihr Kind nicht in den Kindergarten geben. Das ist ein falscher Schritt nach hinten. Es geht nicht darum, einen Kitabesuch zu erzwingen, aber der Bedarf an Krippenplätzen ist doch da und den muss man dann auch finanzieren. Ich finde es auch richtig, dass gerade dort, wo es an sozialer Kompe-

„In Ruhe lassen ist keine Integration.“

Heinz Buschkowsky

tenz zu Hause fehlt, die Kinder in den Kindergarten sollten. Leider sind das auch die Familien, die oft mit Geld nicht umgehen können. Da wird das Betreuungsgeld nicht in den Beitrag für den Sportverein, sondern in Alkohol und Zigaretten gesteckt. Weil durch die finanziellen Anreize Kinder von Chancengerechtigkeit und Bildungserwerb letztlich ferngehalten werden, halte ich die Herdprämie für eine bildungs- und migrationspolitische Katastrophe.

Bär: Herr Buschkowsky bringt hier vieles durcheinander, unterscheidet zum Beispiel nicht zwischen Kita und Kindergarten. Es geht um Kinder zwischen 12 bzw. 14 Monaten und drei Jahren. Niemand von uns will ein Kind von über drei Jahren vom Kindergarten fernhalten. Und deshalb ist Ihr Wort von der Herdprämie nicht nur falsch, sondern auch diffamierend. Warum können wir nicht positiv

über die Familie reden? Und: Wer das Betreuungsgeld kritisiert, weil er den Familien einen sinnvollen Umgang mit dem Geld nicht zutraut, muss auch andere Geldtransferleistungen ablehnen und nur noch Gutscheine ausgeben. Im Übrigen: Missbrauch gibt es überall. Bei Hartz IV, beim Asyl, bei den Steuern. Deshalb: Bitte ein bisschen weniger Polemik und etwas mehr Differenzierung, Herr Buschkowsky.

Buschkowsky: Ich werfe durchaus nicht alles in einen Hut! Frau Bär tut so, als ob diese Fragen ein Randproblem in einer ansonsten eher heilen Welt seien. Die aber gibt es leider nicht! Die Bevölkerungsschichten mit starken Sozialisationsdefiziten sind keineswegs kleinste Minderheiten mehr. Die Hilfen zur Erziehung liegen inzwischen bei über 6,4 Milliarden Euro im Jahr mit jährlichen Steigerungsquoten von zehn Prozent. Gerade die migrantische Bevölkerung und ihre Kinder brauchen eine besondere Förderung. Denn alle Studien belegen: Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund sind die am stärksten benachteiligten Kinder in Deutschland.

Blickpunkt: Üben finanzielle Angebote in Migrantenfamilien einen starken Reiz aus?

Buschkowsky: Eindeutig ja, jedenfalls bei vielen Familien. Die Fixierung auf monetäre Anreize ist hier besonders

hoch. Deshalb müssen wir besonders hier eine starke Stimulanz für einen Kindergarten- und Schulbesuch ausüben. Sonst haben die Kinder keine Chance, sich vom Milieu zu emanzipieren und zu einem selbstbewussten Lebensentwurf zu finden.

Bär: Richtig ist: Wenn die Grundlagen nicht in den ersten Jahren gelegt werden, sind die Folgekosten später wesentlich höher. Bildungspolitik ist die Sozialpolitik des 21. Jahrhunderts. Kinder ohne ausreichenden Schulabschluss belasten die Gesellschaft dauerhaft. Das gilt für alle Kinder aus problematischen Verhältnissen, nicht nur für Migrantenkinder. Deren Quote in Krippen und Kindergärten wächst im Übrigen in Bayern ständig.

Blickpunkt: Die familienpolitischen Transferleistungen des Staates sind immens hoch, allein das Kindergeld kostet jährlich 35 Milliarden Euro. Wäre es sinnvoller, die Ausgaben umzuschichten und statt individuell in die Familien lieber direkt in Bildungseinrichtungen zu investieren?

Buschkowsky: Die Bundesrepublik wendet drei Prozent ihres Bruttonettoprodukts für die Förderung von Familien auf, liegt aber in der Effizienz aller OECD-Staaten an drittletzter Stelle. Das deutet darauf hin, dass unser System verkehrt ist. Ich glaube, wenn wir 50 Prozent der



Foto: DBT/photothek.net/Thomas Köhler

familienpolitischen Aufwendungen in die Infrastruktur und Dienstleistung für die Kinder investierten – also in Krippen, Kindergärten, Ganztagschulen, Essen in der Schule – wären wir erheblich weiter. Würden wir das Kindergeld, für das der Staat jährlich 35 Milliarden Euro ausgibt, halbieren, könnten wir jedem Bundesland eine Milliarde jährlich zusätzlich geben, um damit in Schulen und Kindergärten zu investieren. Dann hätten wir die Bildungsrepublik, von der die Kanzlerin immer spricht. Und mit der Integration wären wir auch weiter.

Bär: Ich bin für viele Argumente offen, warne aber vor dem Glauben, man könne in der Bildungs- und Familienpolitik alles mit Geld regeln und lösen. Mit Zahlen um sich werfen ist leicht, die Realität verändern eher schwer. Die Bevölkerung würde sicherlich auch sehr kritisch verfolgen, ob sich wirklich etwas zum Positiven verändert, wenn man ihr einerseits konkret Leistungen kürzt, um sie andererseits abstrakt einzusetzen. Es geht ja nicht nur um die Infrastruktur von Kindergärten, sondern vor allem um die Qualität von Bildung und Integrationsmaßnahmen.

Blickpunkt: Fördern ist die eine Seite der Integrationspolitik. Wie ist es um die andere Seite – das Fordern – bestellt?

Buschkowsky: Wer sich dem Sprach- und Integrationskurs entzieht, hat offenkundig keinen ausgeprägten Integrationswillen. Wer die Schulpflicht für disponibel hält und seine Kinder nicht am Schwimmunterricht und an

der Klassenreise teilnehmen lässt, beharrt stark an tradierten Rollenmustern und Familienriten. Beides geht nicht. Deshalb muss man sich diesem Thema stellen. Die Frage ist nur: Wie? Ich verweise gerne auf die Niederlande. Dort ist das Fördernetz sehr dicht, zugleich aber die Kooperationspflicht sehr viel höher als bei uns. Es gilt der Grundsatz: Keine Prävention ohne Repression. Die Gesellschaft streckt dir die Hand der Solidarität entgegen, sie erwartet aber, dass du deine eigene Kompetenz – jeder kann etwas – einsetzt. Wenn du das nicht tust, ziehen wir unsere Hand wieder weg und das bedeutet: kein Geld. Eine Gesellschaft muss das Selbstbewusstsein besitzen, im Interesse aller das eigene Regelwerk auch durchzusetzen. Ethnische Rabatte darf es nicht geben. In Ruhe lassen ist keine Integration.

Bär: Zu den Erziehungspflichten von Eltern gehört auch, die Integration ihrer Kinder in die Gesellschaft zu unterstützen. Wir können nicht tatenlos zusehen, wenn sich Eltern diesem Auftrag nachweislich zum Schaden der Kinder entziehen. In der Praxis kann das auch gut über das Geld funktionieren. Viele Sanktionsmöglichkeiten haben wir nicht. Eines ist mir noch wichtig: Es gibt innerhalb der Migrantenschaft einen nach Herkunftsländern sehr unterschiedlich ausgeprägten Integrationswillen. Wir sollten auf keinen Fall alle Migranten über einen Kamm scheren. Insgesamt ist die Bilanz durchaus positiv.

Interview: Sönke Petersen ■



Foto: DBT/photothek.net/Thomas Köhler

Standpunkte der Fraktionen:



Was muss getan werden, um benachteiligten Kindern eine Perspektive zu bieten und die Entstehung von ‚Parallelgesellschaften‘ zu verhindern?

Integration kann nur gelingen, wenn die Integrationskräfte unserer Gesellschaft nicht überstrapaziert werden. Die Aufnahmebereitschaft der deutschen Gesellschaft und die Integrationsbereitschaft der Zuwanderer gehen dabei Hand in Hand. Grundvoraussetzung für eine geglückte Integration ist das Beherrschen der deutschen Sprache. Integrationskurse gehören zu den wirksamen Instrumenten der Sprachförderung.

Als überfälligen Schritt sehen wir es an, endlich allen bei uns geborenen Kindern spürbar werden zu lassen, dass sie Bürgerinnen und Bürger dieses Landes sind. Mit dem von uns eingebrachten Gesetzentwurf zur Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts fordern wir die Abschaffung des Optionsmodells. Hier geborene Kinder ausländischer Eltern sollen von Geburt an die deutsche sowie die Staatsangehörigkeit ihrer Eltern erwerben und beide dauerhaft behalten können.

Maßnahmen in der Schul- und Bildungspolitik können nur Erfolg haben, wenn die Eltern beteiligt, angesprochen und da, wo es nötig ist, in ihrer Sprach- und Erziehungskompetenz unterstützt werden. Dabei ist es wichtig, Eltern den Wert der Bildung für die Zukunft ihrer Kinder zu vermitteln. Im Bereich der Integrationspolitik wollen wir beispielsweise Integrationskurse für Eltern an Kindergärten oder Schulen vorantreiben.

„Parallelgesellschaft“ ist ein Kampfbegriff; er lenkt von gezielter sozialer Ausgrenzung ab. Soziale Teilhabe wird z. B. durch gebührenfreie/s Bildung und Studium; flächendeckende, bedarfsgerechte ganztägige Betreuung für alle Kinder; Gemeinschaftsschulen bis zur Klasse 10 als Regelschule ermöglicht. Verbesserte Perspektiven erfordern eine gesetzliche Ausbildungsplatzumlage und einen gesetzlichen Mindestlohn (10 Euro).

Das veraltete dreigliedrige Schulsystem muss durch ein modernes eingliedriges Schulsystem nach skandinavischem Vorbild ersetzt werden. Desweiteren müssen flächendeckend bestehende Halbtagschulen in gebundene Ganztagschulen erweitert werden. Diskriminierungen insbesondere ethnischer Basis müssen durch Prävention und Umsetzung der Antidiskriminierungsgesetze verhindert werden, damit sich jeder als Teil der Gesellschaft fühlt.

Was soll die Politik tun: Die Verantwortung der Eltern in den Mittelpunkt stellen oder mehr in Schulen und Betreuungsangebote investieren?

Das Elternhaus spielt für Erziehung und Integration die zentrale und verantwortliche Rolle. Integrationskurse für Eltern an Kindergärten und Schulen sind unumgänglich. Es muss deshalb möglich sein, Eltern mit mangelhaften Deutschkenntnissen zur Kursteilnahme zu verpflichten. Im Sinne einer Erziehungspartnerschaft sind Schule und Betreuungsangebote neben dem Elternhaus unabdingbar für eine erfolgreiche Integration.

Jeder Mensch hat das gleiche Recht auf eine gute Bildung – als Grundlage für ein erfülltes Leben und als Eintrittskarte für gute, qualifizierte Arbeit. Das gilt unabhängig von der Herkunft und vom Einkommen der Eltern. Wir fordern vorschulische Sprachförderung für alle, auch für Kinder aus Migrantenfamilien. Einwandererkinder haben ein Recht auf die Anerkennung ihrer besonderen Fähigkeiten wie die Mehrsprachigkeit und ihre kulturellen Erfahrungen.

Eltern tragen ganz klar die Erziehungsverantwortung für ihre Kinder. Die Förderung der elterlichen Verantwortung steht im Zentrum unserer Politik. Der Staat muss Rahmenbedingungen schaffen, die Chancengleichheit von Beginn an ermöglichen. Diesem Ziel wollen wir etwa mit unterrichtsbegleitenden Sprachprogrammen und dem bedarfsgerechten Ausbau der frühkindlichen Bildungseinrichtungen und der Ganztagschule näher kommen.

Elterliche Zuwendung ist kein Ersatz für Politik. Armut in Deutschland ist erblich, weil Bildung vom Geldbeutel der Eltern abhängt. DIE LINKE fordert Bedingungen zu schaffen, die die Entwicklung von Kindern und deren soziale Teilhabe unabhängig von der sozialen Herkunft macht. Ein Rechtsanspruch für Kinder auf einen Ganztagsplatz, kleinere Gruppen, mehr Lehrer/innen und mehr sozialpädagogische Arbeit sind Schritte dazu.

Selbstverständlich tragen die Eltern auch eine hohe Verantwortung für die Zukunft ihrer Kinder. Die primäre Aufgabe der Politik ist es jedoch, die schulischen betreuungs- und freizeitpädagogischen Angebote zu entfalten, um eine annähernde Chancengleichheit für jedes Kind anzuvisieren.



Auf Beschluss der Volkskammer wurde im Frühjahr 1990 das Staatswappen der DDR von öffentlichen Gebäuden montiert – so auch im Saal der Volkskammer im Palast der Republik.

Freie Volkskammerwahlen 1990

Ein Parlament wird mündig

Vierzig Jahre brauchte die Volkskammer, um das zu werden, was sie stets vorgab zu sein: ein frei gewähltes und demokratisch arbeitendes Parlament. Vor zwanzig Jahren, am 18. März 1990, bestimmten die Ostdeutschen in freien, geheimen und gleichen Wahlen ihr Parlament. Das Ergebnis der Wahl war ein Votum gegen die DDR und ein Mandat für die deutsche Einheit.

Geschafft! 23. August 1990, drei Uhr morgens. Reinhard Höppner hat als stellvertretender Präsident der Volkskammer eine der schwierigsten Sitzungen hinter sich – sie dauerte fast sechs Stunden. Am Ende steht der Termin für die deutsche Einheit fest: Der „Beitritt zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes mit Wirkung vom 3. Oktober 1990“ ist mit 294 Ja- und 62 Nein-Stimmen bei sieben Enthaltungen beschlossen. Da tritt PDS-Fraktionschef Gregor Gysi an Höppner heran: „Der Beschluss sagt gar nichts!“ Höppner, Kirchenparlamentarier, kennt die Tücken der Formulierungen: „Die Volkskammer erklärt den Beitritt zum Geltungsbereich des Grundgesetzes...“ Gysi: „Da fehlt DDR!“ „Das korrigieren wir im Protokoll“, entgegnet Höppner. Gysi nickt und fügt an, Höppner solle aber nie sagen, der PDS-Fraktionschef hätte die Einheit verhindern können:

„Da werden meine Leute sauer.“ Gysi bewahrt so alle vor einer peinlichen zweiten Abstimmung. Es ist einer der wichtigsten Beschlüsse der 10. Volkskammer, die am 18. März 1990 erstmals frei gewählt worden ist und deren Amtszeit bereits rund ein halbes Jahr später, am 2. Oktober, enden wird.

Gerade einmal ein Jahr zuvor, in der friedlichen Revolution im Herbst 1989, verlieren die Menschen in der DDR mehr und mehr die Angst vor der SED-

mit Kerzen auf die Straße, obwohl sie die Bilder von der blutigen Niederschlagung der Studentenproteste in Peking im Gedächtnis haben und fürchten müssen, dass auch ihr Staat ihren friedlichen Protest niederschlagen will. Eine Woche später muss Erich Honecker, mächtigster Mann der DDR und seit 1971 im Amt, gehen. Die Ereignisse überschlagen sich: Am 4. November demonstrieren in Berlin bis zu einer Million Menschen auf dem Alexanderplatz, am 9. November

Modrow will den Runden Tisch im Hase- und-Igel-Spiel austricksen, bis er merkt: Der Hase ist er selbst.

Staatsmacht. Sie registrieren auch, dass die SED mit ihrer unbeweglichen Politik immer häufiger in Konfrontation zur Sowjetunion und Michail Gorbatschows Reformbemühungen gerät. Der 9. Oktober 1989 markiert einen Wendepunkt: 70.000 Menschen gehen in Leipzig mutig

fällt die Mauer. Die Volkskammer, die jahrzehntelang Entscheidungen der SED abgenickt hatte, beginnt sich vorsichtig zu emanzipieren: Eine Rede des einst gefürchteten Ministers für Staatssicherheit Erich Mielke sorgt im Parlament für Gelächter, die Abgeordneten wählen den

als Reformler geltenden Dresdener SED-Bezirkschef Hans Modrow zum neuen Regierungschef und streichen später den Führungsanspruch der SED aus der Verfassung.

Am 7. Dezember beginnt der „Zentrale Runde Tisch“ seine Arbeit. Vorbild ist der Runde Tisch in Polen, der im Frühjahr 1989 nach drei Monaten Verhandlungen die erste nichtkommunistische Regierung erzwang. Dem Runden Tisch in der DDR gehören zunächst je 15, dann je 19 Vertreter der Oppositionsgruppen und der alten DDR-Parteien an – drei Kirchenvertreter moderieren. Der Runde Tisch füllt ein Machtvakuum aus und stellt eine Art

Nebenregierung dar. Funktionäre der SED-PDS lernen in dieser „Schule der Demokratie“ genauso wie die Vertreter der Ost-CDU, der LDPD, NDPD und DBD, also der einstigen Blockparteien, und die Vertreter aus oppositionellen Gruppen, zu denen zum Beispiel das Neue Forum, der Demokratische Aufbruch (DA) und die neu gegründete SDP (ab 13. Januar 1990: SPD) gehören. Modrow will den Runden Tisch im Hase-und-Igel-Spiel austricksen, bis er merkt: Der Hase ist er selbst. Er beschwört die Opposition, Minister in die Regierung zu schicken. In der ersten Sitzung beschließt der Runde Tisch die Stasiauflösung und bestimmt den

6. Mai (Jahrestag der Kommunalwahl von 1989, deren Ergebnisse die SED verfälscht hatte) als Termin für freie Wahlen. In drei Monaten schafft das Gremium dafür die Voraussetzung und wird so zu einem Teil deutscher Demokratiegeschichte. Ende Januar wird die Wahl aufgrund der krisenhaften Situation in der DDR auf ein anderes symbolisches Datum vorgezogen – auf den 18. März, den Tag der deutschen Märzrevolution im Jahre 1848. Es wird immer deutlicher, dass die Menschen die Einheit Deutschlands wollen, selbst Modrow spricht am 1. Februar von „Deutschland einig Vaterland“, als er seine „Konzeption

Rainer Eppelmann

„Es reichte nicht, gegen die Diktatur zu predigen“

Blickpunkt Bundestag: Herr Eppelmann, Sie waren seit 1974 Pfarrer im Ostteil Berlins, kamen als Oppositioneller in die frei gewählte Volkskammer. Viele Mitstreiter verließen nach der Einheit die Politik. Sie begannen ein Leben in der Politik. Warum?

Rainer Eppelmann: Als Pfarrer merkte ich: Es reicht nicht, gegen die Diktatur zu predigen. Ich betätigte mich politisch: 1982 im „Berliner Appell“ zur Abrüstung in Ost und West. Den Demokratischen Aufbruch begründete ich 1989 mit, wollte mitgestalten. Den Minister für Abrüstung und Verteidigung haben mir viele Freunde der Opposition verübelt. Aber das war ordentlich abzuwickeln. Ich war übrigens gegen den schnellen Weg zur Einheit, rechnete mit zwei Jahren.

Blickpunkt: Wie ging es weiter?

Eppelmann: Am 3. Oktober war ich arbeitslos. Dann kandidierte ich im Wahlkreis Strausberg/Fürstenwalde für die CDU für den Bundestag, wurde direkt gewählt, kam bald in den Parteivorstand und ins Präsidium. Da konnte ich mitgestalten. Kanzleramtsminister Friedrich Bohl lud mich und andere Ostabgeordnete regelmäßig zu Gesprächen ins Kanzleramt.

Stets fragte er: „Was müssen wir noch für die Menschen im Osten tun?“

Blickpunkt: Sie schieden 2005 aus dem Bundestag aus. Wie ist Ihre Bilanz?

Eppelmann: Einige meiner sozialpolitischen Vorstellungen wurden konkrete Politik. Stolz bin ich auf den Vorsitz der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (1994–2001); ich vertrat gerade mal 50 Arbeitnehmer aus Brandenburg und wurde der Vorsitzende von 20.000 in Deutschland. Die Spitze war damals zerstritten; mir trauten sie

zu, den Laden zusammenzuhalten. Ich war einziger Ostvorsitzender einer Vereinigung der beiden großen Parteien. Meine wichtigste Arbeit war die Aufarbeitung der DDR-Diktatur. Zwei Wahlperioden war ich Vorsitzender der Enquete-Kommission. Danach wurde ich Vorstandsvorsitzender der Bundesstiftung Aufarbeitung und bin es bis heute. Meine Freunde aus der DDR-Opposition kamen zurück, als ich „erster Aufarbeiter“ der DDR wurde.



Foto: Iai/Hermann Bredéhors

Rainer Eppelmann, 1989 Mitbegründer des Demokratischen Aufbruchs, war Mitglied der frei gewählten Volkskammer und letzter Verteidigungsminister der DDR.



Foto: Ullstein/ADN-Bildarchiv

Konstituierende Sitzung am 5. April 1990: Der designierte Ministerpräsident Lothar de Maizière, (CDU) beglückwünscht Sabine Bergmann-Pohl (CDU) zu ihrer Wahl als Präsidentin der Volkskammer.

für einen Weg zu einem einheitlichen Deutschland“ vorlegt.

Am Wahltag strahlt die Sonne. Nach 58 Jahren können die Menschen zwischen Rügen und Erzgebirge erstmals wieder frei und geheim wählen. Eine schwarz gekleidete Frau in Dessau: „Seit einer Woche bin ich achtzig. Und wenn ich morgen ins Grab steigen muss, heute habe ich dafür gesorgt, dass sich hier alles ändert!“ Eine andere: „Ich bin Rentnerin und Erstwählerin!“ Die Beteiligung ist hoch, über 93 Prozent gehen zur Wahl. Die Stimmung ist anders als bei den von der SED manipulierten „Wahlen“ in der alten DDR, als ein gefalteter Stimmzettel ohne Kreuz

zählung ins Rathaus. Dorfschmied Manfred Richter, seit Kurzem örtlicher SPD-Chef, spielt vom Tonband die Brandenburg-Hymne „Steige hoch du roter Adler“; alle singen mit. Dann hisst er Brandenburgs Fahne. Es kümmert ihn kaum, dass die SPD bei den ersten freien Wahlen zur Volkskammer mit 21,9 Prozent deutlich schlechter als in den Umfragen prognostiziert abscheidet. Wahlsiegerin ist die „Allianz für Deutschland“, ein Wahlbündnis aus Ost-CDU, Deutscher Sozialer Union (DSU) und Demokratischem Aufbruch (DA). Sie kommt auf 48,3 Prozent, das liberale Parteibündnis „Bund Freier Demokraten“ auf 5,3 Prozent, die PDS

zufrieden: Die Diktatur der DDR ist abgewählt! Das Mandat heißt: deutsche Einheit.

Bundeskanzler Helmut Kohl sagt am Abend des 18. März, der Einigungsprozess könne Jahre dauern. Die Menschen sind mit ihren Gedanken und Hoffnungen weiter, wollen schnell die deutsche Einheit. Bei der neu gegründeten ostdeutschen SPD, die wie alle neuen Parteien organisatorisch der Ost-CDU, den anderen vormaligen Blockparteien sowie der PDS mit ihren flächendeckenden Strukturen hoffnungslos unterlegen ist, fragt man sich: Hat Willy Brandts Satz, auf dem Weg zur Einheit solle „keiner unter die Räder kommen“, womöglich Stimmen gekostet? Die Parteien, die ohne Wenn und Aber für die Einheit sind, haben in der Volkskammer eine Dreiviertelmehrheit und bilden eine Koalition: Allianz für Deutschland, Bund Freier Demokraten und die SPD.

Das Thema Einheit treibt die Abgeordneten um, besonders als die DSU mit Bedacht am 17. Juni in der Volkskammer den Antrag stellt: „Einheit mit dem heutigen Tage“. Der Antrag wird schließlich in die Ausschüsse überwiesen. Die turbulenteste Sitzung dazu gibt

Die Abgeordneten sehen sich nach 40 Jahren „Diktatur des Proletariats“ als Vertreter derer, die riefen: „Wir sind das Volk!“

gültig war. Auch Diktaturen lieben Wahlen – nur ohne Risiko.

In Stolpe-Süd, heute Stadtteil des brandenburgischen Hennigsdorfs (Havel), kommen die Einwohner zur Aus-

auf 16,4 Prozent. Am meisten enttäuscht sind die im „Bündnis 90“ zusammengeschlossenen Vertreter der DDR-Bürgerrechtsbewegung, die mit den Grünen 4,9 Prozent erreichen. Dennoch sind sie

es am 8. August mit langen Diskussionen um die Geschäftsordnung. Morgens um 2.20 Uhr fehlen neun Stimmen zur Zweidrittelmehrheit. Erst die nächste Nachtsitzung bringt die Entscheidung: Der Termin für die deutsche Einheit steht fest: Es ist der 3. Oktober 1990.

Sie sei ein „Übergangsparlament“, eine „Laienspielschar“ gewesen, heißt es nicht selten über die Volkskammer. Solche abwertenden Bezeichnungen werden allerdings der historischen Rolle der einzigen demokratischen Volkskammer in der Geschichte der DDR und ihren Abgeordneten nicht gerecht. Ein Parlament, dessen Zweck nach einem halben Jahr erfüllt ist und dessen wesentlichste Aufgabe darin besteht, die deutsche Einheit zu ermöglichen, kann nur ein Übergangsparlament sein. Das lässt aber noch keinen Rückschluss auf die Qualität seiner Arbeit oder gar auf seine Leistung zu. Revolutionäre sind meist keine Berufspolitiker. Im engeren Sinne parlamentarische Erfahrung haben nur die Volkskammerabgeordneten aus Kirchenkreisen als Mitglieder von Kirchenparlamenten: vom Kirchenanwalt Lothar de Maizière (Vizepräsident der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR) über Reinhard Höppner (Präsident der Synode der Kirchenprovinz Sachsen) bis zu den Pfarrern Joachim Gauck und Rainer

Eppelmann. 30 der 400 Abgeordneten kommen aus der evangelischen Kirche und ihrem Umfeld. Die evangelische Kirche in der DDR war demokratisch organisiert, wählte Synoden, Synodale, Bischöfe, Kirchenleitungen.

Die Abgeordneten sehen sich nach 40 Jahren „Diktatur des Proletariats“ als Vertreter derer, die riefen: „Wir sind das Volk“; deren Interessen wollen sie wahren und daher führen sie leidenschaftliche Debatten. Das DDR-Fernsehen überträgt direkt, mit hohen Einschaltquoten. Die Volkskammer leistet ein gewaltiges Arbeitspensum, tagt 38 Mal, berät und beschließt 164 Gesetze und fasst 93 Beschlüsse. Vor welchen Schwierigkeiten stehen Regierung und Parlament: Massendemonstrationen gegen den Geldumtausch, gegen die Änderung der Fristenlösung beim Schwangerschaftsabbruch, für die Beibehaltung der Bodenreform, gegen die Einziehung des Vermögens der SED und der Massenorganisationen.

Auf der ersten Sitzung streicht die Volkskammer den Verfassungsteil, die DDR sei „ein sozialistischer Staat der Arbeiter und Bauern“ und „auf dem Weg zum Kommunismus“; der Staatsrat wird aufgelöst und die Aufgaben dieses Amtes auf die Parlamentspräsidentin Sabine Bergmann-Pohl (CDU) übertragen. Der Koalitionsvertrag steht

eine Woche nach der konstituierenden Sitzung, Lothar de Maizière (CDU) wird Ministerpräsident. Bei der Vereidigung als Innenminister will Peter-Michael Diestel (DSU) nicht auf die Verfassung schwören. So schwören er und die Ministerkollegen „Recht und Gesetze der DDR“ einzuhalten.

Die Volkskammer bekennt sich zur Schuld aller Deutschen für das anderen Völkern zur Zeit des Nationalsozialismus zugefügte unermessliche Leid, bittet die Juden aller Welt um Verzeihung für Demütigung, Vertreibung und Ermordung jüdischer Frauen, Männer und Kinder und für Heuchelei und Feindseligkeit der DDR gegenüber Israel. Zugleich versichern die Abgeordneten den Menschen in der Sowjetunion, ihnen angetanes Leid im Zweiten Weltkrieg nicht zu vergessen und sich für Sicherheit und Frieden in ganz Europa einzusetzen. Für die DDR nehmen die Abgeordneten die Mitschuld an der Niederschlagung des Prager Frühlings 1968 auf sich und sichern dem Nachbarn Polen zu, weder jetzt noch in Zukunft sein Recht auf gesicherte Grenzen infrage zu stellen. Am 21. Mai wird der Vertrag zur Schaffung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion beschlossen, die den Menschen die ersehnte D-Mark bringt. Der Vertrag nimmt der DDR

Mai 1990: Der Vorsitzende der PDS, Gregor Gysi (Mitte), stellt eine Zwischenfrage. Im Hintergrund die Bürgerrechtler Konrad Weiß (links am Bildrand), Günter Nooke (2.v.l.) und Werner Schulz (rechts am Bildrand) von Bündnis 90/Grüne.



Foto: Picture Alliance/Reinhard Kaufhold

Jens Reich

„Die Hektik widersprach meinem Politikverständnis“

Blickpunkt Bundestag: Herr Reich, Sie waren zur Volkskammerwahl 1990 Spitzenkandidat von Bündnis 90, in der Volkskammer waren Sie Fraktionschef. Danach hörten Sie mit der Politik auf. Warum?

Jens Reich: Aufgehört ist falsch. Ich habe nicht für den Bundestag kandidiert, aber deshalb kann man trotzdem politisch tätig sein. Ich hatte damals eine Menge Probleme mit der Parlamentsarbeit. Ihre Hektik widersprach meinem Politikverständnis.

Blickpunkt: Sie stimmten auch gegen den Einheitsvertrag.

Reich: Ich war für die Einheit. Der 13. August 1961, der Tag des Mauerbaus, ist für mich der schlimmste Tag meines Lebens. Ich fühlte mich seitdem wie in einem Käfig mit durchsichtigem Gitter. Mein Nein hatte formale Gründe. Ich stimme nicht für einen Vertrag, von dessen Tausenden Seiten im Anhang ich bis zur Abstimmung nur wenige lesen konnte. Ich war zum Beispiel nicht mit der sofortigen Abschaffung der Akademie der Wissenschaften einverstanden. Ich stimmte auch gegen den Beschluss „Termin des Beitritts 3. Oktober“. Das geschah vor einer gründlichen Beratung des zugehörigen Einheitsvertrags, war also eine Blankounterschrift. Die Regierung machte alles am Parlament vorbei.

Die Folgen haben wir gesehen. Hätten wir gründlicher vorbereitet, wäre manches nicht so schlimm gekommen. Der parlamentarische Stil liegt mir nicht: Hand heben für etwas, was man fast nicht kennt. Dann der Fraktionszwang. Das ist nichts für mich. Es störte mich, morgens in die Volkskammer zu kommen und als Fraktionsvorsitzender etwas zu Themen in die Kamera sagen zu müssen, die sich erst über Nacht entwickelt hatten. Am liebsten hätte ich gesagt: „Dazu muss ich mich erst einmal kundig machen. Aber sagen Sie das mal öffentlich!“

Blickpunkt: Aber Sie kandidierten 2004 für das Amt des Bundespräsidenten.

Reich: Natürlich. Ich bin nicht unpolitisch. Für Nichtregierungsorganisationen zu arbeiten ist auch Politik. Ich bin im Deutschen Ethikrat; davon verstehe ich was, dazu kann ich etwas sagen. Auch habe ich 1990 nicht gewusst, ob ich überhaupt für eine Partei antreten soll. Die Westgrünen waren mir zu ideologisch. Dass sie damals zum Beispiel das gentechnisch hergestellte Medikament Humaninsulin ablehnten, ist mir bis heute unbegreiflich.



Foto: Picture Alliance/Jens Wolf

Jens Reich, 1989 Mitgründer des Neuen Forums, war Mitglied der frei gewählten Volkskammer und dort Vorsitzender der Fraktion Bündnis 90/Grüne.

die Hoheit über die Geld- und Finanzpolitik. Experten wie Bundesbankchef Karl Otto Pöhl fürchten zunächst um die Stabilität der Währung. Durch die Umtauschmodalitäten sind 25 Milliarden Mark neu auf dem Markt. Erst nach Wochen atmen die Experten auf, stolz auf das Vertrauen, das die D-Mark in der Welt besitzt.

Die grundsätzliche Zustimmung Helmut Kohls im Jahr 1990 zu einer „Europäischen Union“ und der europäischen Währungsunion, die 1992 im Vertrag von Maastricht schließlich fest

vereinbart wird, erleichtert den EU-Staaten die Zustimmung zur deutschen Einheit und mindert die Sorgen vor Alleingängen eines wieder erstarkten Deutschlands.

Am 24. August verabschiedet die Volkskammer das Stasi-Unterlagen-Gesetz, das die Stasiakten zur historischen, politischen und juristischen Aufarbeitung freigibt und die Gründung der Stasiunterlagen-Behörde regelt. Der wenige Tage später fertig ausgehandelte Einigungsvertrag offenbart, dass nach dem Willen der Unterhändler Günter

Krause (Ost) und Wolfgang Schäuble (West) dieses Gesetz nicht Teil des Vertrags, also nicht gesamtdeutsches Recht werden soll. Das löst erhebliche Proteste aus. Die Volkskammer rügt Innenminister Diestel, er habe die Souveränität und Würde des Parlaments beschädigt. Proteste und ein Hungerstreik der Bürgerrechtler, von Medien, Prominenten wie dem Liedermacher Wolf Biermann und Tausenden Menschen unterstützt, erzwingen schließlich die Lösung: Die Akten bleiben auf dem Gebiet der DDR. Ein ostdeutscher Sonderbeauftrag-



Foto: Ullstein/Andreas Schoelzel

Bürgerrechtler am Runden Tisch im Dezember 1989: (v. l. n. r.) Ulrike Poppe (Demokratie jetzt), Reinhard Schult, Ingrid Köppe und Rolf Henrich vom Neuen Forum.



Foto: Bundesarchiv/Bernd Selttnik

August 1990, einen Tag vor dem entscheidenden Beschluss der Volkskammer zur deutschen Einheit: Lothar de Maizière, Rainer Eppelmann und Peter-Michael Diestel (v.l.n.r.).

ter mit weitgehenden Vollmachten übernimmt die Leitung der Behörde: der bisherige Vorsitzende des Sonderausschusses zur Kontrolle der Auflösung der Staatsicherheit der Volkskammer Joachim Gauck.

Die Mitglieder des Ausschusses Staatssicherheit schreiben schon vorher Parlamentsgeschichte. Sie gehen persönlich in die Stasiarchive zwischen Rostock und Suhl, zwischen Dresden und Schwerin. Eile ist geboten, denn alle „Offiziere im besonderen Einsatz“ („OibE“) sollen entdeckt werden: hauptamtlichen Stasileute, die unter falschem Namen immer noch in Schlüsselpositionen des Staates und der Wirtschaft arbeiten. Sie sollen nicht länger wichtige Entscheidungen beeinflussen können. In der Nacht zum 28. Juni beginnen die Abgeordneten mit ihrer Recherche, und bis zur deutschen Einheit haben sie in den Besoldungsstammkarten an die 3.000 dieser OibEs gefunden. In oft mühseligen Gesprächen mit den ahnungslosen Chefs und den Betroffenen erreichen sie die Entlassung der Leute mit doppeltem Gehalt (das zweite zahlte die Stasi).

Unvergesslich für alle, die dabei waren, ist die Sitzung vom 28. September, als es um Stasiverstrickungen der Abgeordneten geht. Der Ausschuss sieht bei 56 Mitgliedern der Volkskammer eine Stasibelastung, 15 Abgeordneten empfiehlt er die Niederlegung ihres Mandats. Mehrere Abgeordnete ergreifen „aus eigener Betroffenheit“ das Wort, berichten von ihren Kontakten. Doch nur ein Abgeordneter legt das Mandat nieder.

Das wichtigste Gesetz der Volkskammer ist die Zustimmung zum „Einigungsvertrag“, dem Vertrag zwischen der Bundesrepublik und der DDR über die Herstellung der Einheit Deutschlands, beschlossen am 31. August. Er regelt in 45 Artikeln und auf mehreren tausend Seiten Anhang das Zusammenwachsen einer ehemaligen Diktatur mit einem demokratisch verfassten Staat mit Wirkung vom 3. Oktober 1990.

Doch in den Monaten zuvor mussten auf Regierungsebene mit den vier Siegermächten des Zweiten Weltkriegs die äußeren Aspekte der deutschen Einheit verhandelt werden. Am 12. September wurden schließlich in Moskau die außenpolitischen Rahmenbedingungen end-

gültig vereinbart. Der „2+4-Vertrag“, der Deutschland die volle Souveränität zurückgibt, tritt aufgrund eines komplizierten Ratifizierungsprozesses im März 1991 offiziell in Kraft. Sowjetführer Michail Gorbatschow hatte schon im Februar 1990 sein Einverständnis zur Einheit signalisiert, der Durchbruch kommt am 16./17. Juli. Nach einem Treffen in Moskau fliegt Gorbatschow mit Kanzler Helmut Kohl und Außenminister Hans-Dietrich Genscher zu seiner Jagdhütte nahe Stawropol. Die Bilder zeigen Kohl in einer Strickjacke, Gorbatschow im Pullover. Dann geben beide bekannt: Deutschland werde seine volle Souveränität erhalten, könne NATO-Mitglied sein, verzichte auf ABC-Waffen und billige den bis 1994 in Deutschland bleibenden Sowjettruppen Sonderrechte zu.

Was bleibt von der Volkskammer? Sie bleibt das erste und einzige frei gewählte Parlament der über vierzig Jahre existierenden zweiten deutschen Diktatur im 20. Jahrhundert. Sie ist der Ausdruck des



Willens der Menschen nach Demokratie und Einheit. Die Abgeordneten wählen die einzige demokratisch legitimierte Regierung der DDR unter de Maizière. Mit Zweidrittelmehrheit beschließen sie die Einheit. Sie leiten selbst bereits die Strafverfolgung der Täter der Diktatur ein. Die Volkskammer bringt das Stasi-Unterlagen-Gesetz auf den Weg, dem der Bundestag 1991 seine endgültige Fassung gibt. Es wird ein Vorbild für andere osteuropäische Staaten und legt entscheidende Grundlagen für eine historische Aufarbeitung der SED-Herrschaft.

Aus der freien Volkskammer sind eine Reihe von Persönlichkeiten hervorgegangen, die auch die Politik im vereinigten Deutschland mitgestalteten und mitgestalten: zum Beispiel Wolfgang Thierse (SPD) als Bundestagspräsident, Claudia Nolte (CDU), Günter Krause (CDU), Rainer Ortleb (FDP) und Paul Krüger (CDU) als Bundesminister, Alfred Gomolka (CDU), Reinhard Höppner (SPD), Gerd Gies (CDU), Harald Ringstorff (SPD), Matthias Platz-

eck (SPD) und Stanislaw Tillich (CDU) als Ministerpräsidenten, Sabine Bergmann-Pohl (CDU) als Staatssekretärin, Joachim Gauck und Marianne Birthler (Bündnis 90) als Leiter der Stasi-Unterlagen-Behörde, Rainer Eppelmann (CDU) und Markus Meckel (SPD) als Vorsitzende der

wie Jens Reich (Bündnis 90) und Richard Schröder (SPD) übernahmen keine politischen Ämter mehr.

Volkskammerpräsidentin Bergmann-Pohl verabschiedet ihre Kollegen am 2. Oktober mit den Worten: „Mit dem morgigen Tag können wir sagen: Wir

Die Abgeordneten leiten die Strafverfolgung der Täter der Diktatur ein und widerlegen so Behauptungen von angeblicher „Siegerjustiz“.

Enquetekommission Deutsche Einheit und Vorsitzende der Stiftung Aufarbeitung, Thomas Krüger (SPD) als Präsident der Bundeszentrale für Politische Bildung, Gerd Poppe (Bündnis 90/Die Grünen) und Günter Nooke (CDU) als Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, Gregor Gysi und Lothar Bisky als Partei- und Fraktionsvorsitzende der PDS und später der Linken – und nicht zu vergessen die vielen Politiker in den Ländern. Andere Volkskammermitglieder

haben unseren Auftrag erfüllt, die deutsche Einheit in freier Selbstbestimmung zu vollenden.“ Es war ein Auftrag, der seinesgleichen suchte, ohne Vorbild oder Modell. Als in der Nacht Feuerwerk die Einheit begrüßt, ist die Freude der Menschen deutlich verhaltener als in der Nacht des Mauerfalls. „Heute freuen wir uns von innen“, sagen sie.

Karl-Heinz Baum ■



Foto: Bundesarchiv/Klaus Oberst

Die Volkskammer im April 1990.



Sprachendienst im Bundestag

Bitte auf die Goldwaage legen

**Der Sprachendienst des Deutschen Bundestages ist
ein unersetzlicher Dienstleister für die Abgeordneten**



Fotos: DBT/studio kohlimeier

Ich mag Speisekarten“, sagt Kate Adams und lacht. Emma Hardie schüttelt den Kopf. „Oh nein, bitte nicht.“ Daniel Smith nickt. „Mir sind Reden lieber.“ Wo ist man da hingera-
ten?

An der Wand hängt ein Bild, auf dem tanzt ein fröhlich dickes Paar des kolumbianischen Malers Botero einen Tango. Ansonsten sieht das Büro aus wie viele seinesgleichen: sachlich, praktisch, ein bisschen kühl. Hardie, Adams und Smith arbeiten beim Sprachendienst des Deutschen Bundestages, Muttersprache Englisch, Herkunftsland Großbritannien. Beim Sprachendienst sind 16 Menschen beschäftigt, dazu kommen freie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die bei Bedarf eingesetzt werden können. Bedarf ist genug da. Rund 2.000 Übersetzungs- und 600 Dolmetschaufträge müssen jährlich bestens erledigt werden. Manchmal ist es „nur“ eine Speisekarte, die übersetzt werden muss, oft sind es so viele Seiten, wie ein gutes Buch hat.

Emma, Kate und Daniel sind hier wegen eines Qualitätsgebotes: Übersetzt wird immer nur in die eigene Muttersprache. Um nachzuweisen, dass man dies gut kann, werden Bewerberinnen und Bewerber für die Arbeit im Sprachendienst auf Herz und Nieren geprüft. Hier geht es um Politik und Diplomatie. In beiden Bereichen sollte alles auf die Goldwaage gelegt werden, bevor es an die Öffentlichkeit gebracht wird – nicht nur, um Missverständnissen vorzubeugen. Wer übersetzt, trägt Verantwortung. Die ist bei einer Speisekarte möglicherweise etwas kleiner als bei einer Rede, aber klein ist sie nie.

Wie kommt man aus dem Vereinigten Königreich nach Berlin zum Sprachendienst des Deutschen Bundestages? Emma Hardie ist in Schottland aufgewachsen, in Edinburgh, wo sie Sprachen studiert hat – Deutsch und Französisch. Mit 22 war sie fertig mit dem Studium, da stand für sie schon fest, dass sie ins Ausland gehen will. Brüssel und Graz hatte sie bereits während des Studiums kennengelernt, als sie vor sieben Jahren die Stellenausschreibung des Bundestages las. Seitdem lebt die heute

29-Jährige hier in Berlin-Mitte, fühlt sich wohl und hat ihre Entscheidung keinen Tag bereut. Kate Adams hat in Salford ebenfalls Deutsch und Französisch studiert, Praktika in Köln und Paris gemacht und in den Ferien in Frankfurt/Main gejobbt. Nach dem Studium arbeitete sie bei der Britischen Botschaft in Bonn, mit der sie 1999 nach Berlin umzog. Ein Jahr später begann die heute 36-Jährige beim Sprachendienst des Bundestages. Sie übersetzt und dolmetscht und findet die Arbeit interessant und abwechslungsreich. Daniel Smith ist 45 Jahre und hat schon in verschiedenen Einrichtungen, Unternehmen und Institutionen als Übersetzer gearbeitet. Dazu gehörten zum Beispiel das Auswärtige Amt, das Bundesministerium der Justiz und die BBC. Er kommt aus London und hat in Birmingham Germanistik und Politologie studiert. 1987 kam er Berlin, ließ sich in Kreuzberg nieder und fing in der damals noch geteilten Stadt als freiberuflicher Übersetzer an. Geblieben ist er, weil ihm Stadt und Arbeit gefielen und der Liebe wegen. Im Januar dieses Jahres fing er im Sprachendienst an.

„Hufbeschlagsverodnung“

Der Spaß an der Arbeit nähre sich, da sind die drei sich einig, aus der Vielseitigkeit dessen, was auf die Tische kommt. „Heute übersetze ich einen Text zum Thema Windkraftanlagen, morgen zum Thema Frauenpolitik und übermorgen vielleicht den Lebenslauf oder die Rede eines Abgeordneten“, sagt Emma Hardie. Es sei schon erstaunlich, womit man sich im Laufe eines Jahres thematisch alles befasse. Ein wichtiges Hilfsmittel für diese Arbeit ist die Terminologiedatenbank, an der man seit 1988 arbeitet und die man mit Einträgen zu parlamentarischen und politischen Begriffen in den Sprachen Deutsch, Englisch und Französisch füllt. Seit zwei Jahren wird sie über das Internet auch der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt. Ob da schon die englische Übersetzung für das gerade erst verabschiedete Gesetz zur Beschleunigung des Wirtschaftswachstums stünde, fragt man nach. Daniel Smith steht auf und drückt nach ein paar Mausclicks



Fotos: DBT/studio kohlemeier

Kate Adams, Daniel Smith und Emma Hardie (von oben nach unten)



den Übersetzungsvorschlag aus, der aus dem Finanzministerium kommt: Act to Accelerate Economic Growth und ein bisschen schöner Growth Acceleration Act. Man nimmt sich vor, noch einmal nachzufragen, ob es einen Übersetzungsvorschlag aus dem Landwirtschaftsministerium für das Wort „Hufbeschlagsverordnung“ gibt, und beschließt, es später selbst herauszufinden.

Einen großen Teil der Übersetzungsaufträge machen die Publikationen der Öffentlichkeitsarbeit des Deutschen Bundestages aus. Besucherinnen und Besucher finden wichtige Broschüren, Prospekte und Informationsmaterialien in verschiedenen Sprachen vor. Oft werden solche Übersetzungsarbeiten in der Sommerpause gemacht, wenn keine Sitzungswochen und die aktuellen, schnell zu erledigenden Dinge etwas weniger sind.

Sprache ist dynamisch, sie entwickelt sich ständig weiter, und deshalb kann man nicht aufhören zu lernen. Das bestätigen alle drei. Zeitung lesen, sich auf dem Laufenden halten sei unabdingbar, sagt Kate Adams. Und ebenso, sich

stets die Zielgruppe zu vergegenwärtigen, für die man übersetze. Ist das eine Broschüre, die sich eher an Jugendliche wendet oder an ein Fachpublikum? Doch egal, für wen ein Text gedacht ist, es gilt, akribisch zu arbeiten und fehlerfreie Ergebnisse zu liefern. Alle übersetzten Texte werden am Ende von einem deutschen Kollegen oder einer deutschen Kollegin überprüft.

Viele alte Hasen

„Wir haben beispielsweise in den vergangenen Wochen viele Texte zum Thema Holocaust übersetzt. Da darf und sollte es keine Ungenauigkeiten geben, das ist ein sensibles Thema, und dem muss man Rechnung tragen“, erklärt Kate Adams. Eine unschätzbare Hilfe ist das Internet, und ein nicht unerheblicher Teil der Arbeit besteht aus Recherchen mit diesem Medium. Oft ist es sehr hilfreich, im ersten Schritt zu schauen, wie viele Einträge es zu einem Begriff in den Suchmaschinen gibt. Da ist es natürlich wichtig, darauf zu achten, welcher Quellen man sich bedient, und alles noch einmal gegenzuprüfen.

Emma Hardie bestätigt: „Wir müssen in der Lage sein, die Qualität der Quellen zu bewerten und zu entscheiden, welche wir benutzen.“

Doch entscheidend für den Erfolg – eine gute Übersetzung also, die dem Stil und Sprachduktus des deutschen Ausgangstextes gerecht wird – sind am Ende sensibles Sprachgefühl und die Sprachkenntnis der Übersetzerinnen und Übersetzer. Gerade bei Begriffen mit verschiedenen Bedeutungsinhalten oder bei Redewendungen und sehr bildhafter Sprache ist dieses Gefühl ausschlaggebend. Es genügt nicht, wörtlich zu übertragen, wenn jemand in einer Rede sagt: „Unter uns sitzen ja viele alte Hasen.“ Man muss wissen, ob es für diese Redewendung eine englische Entsprechung, eine Redewendung gibt. „Ist ‚old hands‘ adäquat“, überlegt Kate Adams laut, „oder geht da etwas verloren?“

Einen guten Teil der alltäglichen Arbeit machen Anfragen und Bitten aus den Abgeordnetenbüros aus. Dort weiß man die Dienstleistungen des Sprachendienstes zu schätzen. Ebenso



wie in den Ausschüssen, Enquete-Kommissionen oder im Bundestagspräsidium. Reden, parlamentarische Anträge, Zeitungsbeiträge, Korrespondenzen – oft ist eine Übersetzung ins Englische notwendig. Und manchmal eben auch, wenn ein Essen für Gäste aus anderen Ländern gegeben wird und alle wissen sollen, was sie auf dem Teller haben. „Schön“, sagt Kate Adams, „ich mag Speisekarten.“

Kathrin Gerlof ■

Wer hat's gesagt?

Wir waren
quasi auf einem
anderen Stern ...
Unsere wichtigste
Überlegung war:
Wie kommen wir
jetzt weg?

fragt **BLICKPUNKT BUNDESTAG** an dieser Stelle und lädt Sie ein, interessanten Persönlichkeiten der Parlamentsgeschichte im Wortlaut wieder zu begegnen. In jeder Ausgabe präsentieren wir das Zitat eines Mitglieds des Bundestages, das in der Geschichte Deutschlands seine Spuren hinterlassen hat. **Wer hat's gesagt? Schreiben Sie uns die Lösung und gewinnen Sie eine Reise für zwei Personen nach Berlin.**

Mit diesen Worten erinnert sich ein deutscher Politiker an eine Reise in ein Nachbarland. Dessen Hauptstadt ist nur 600 Kilometer von dem Ort entfernt, an dem sich nach seinen Worten gerade „einer der dramatischsten Augenblicke der jüngeren Geschichte“ vollzieht. Eine sofortige Rückkehr ist aber schwierig. Er muss Rücksicht auf seine Gastgeber nehmen, denn er befindet sich auf einer heiklen Mission, deren Vorbereitung nicht gerade glücklich verlaufen ist. Am nächsten Tag erreicht er auf Umwegen sein Ziel. Für ihn geht ein Traum in Erfüllung. Von seinen Zeitgenossen wird er immer mit dem Geschehen in Verbindung gebracht werden, dessen Beginn er in dieser Nacht am falschen Ort erlebte.

Der Mann, der damals vor seinem 60. Geburtstag steht, hat den Zweiten Weltkrieg als Kind noch bewusst miterlebt. Der Soldatentod seines vier Jahre älteren Bruders in den letzten Kriegsmonaten wurde für ihn zu einem traumatischen Ereignis. Es trägt mit dazu bei, dass er sich leidenschaftlich für die Einigung Europas einsetzt. Diesem Ziel wird er auch später treu bleiben, als er selbst einer der wichtigsten Politiker des Kontinents ist.

Sein Studium der Geschichte, Rechts- und Staatswissenschaften schließt er mit der Promotion ab. Anschließend arbeitet er als Assistent des Inhabers einer Eisengießerei, dann als Referent eines Industrieverbandes. Schon früh aber wird die Politik zu seinem Beruf. Bereits als 16jähriger ist er in eine Partei eingetreten. Hier macht er rasch Karriere, als 29jähriger wird er in den Landtag gewählt. Schon zwei Jahre später ist er stellvertretender Fraktionsvorsitzender. An der Spitze des Bundeslandes, in dem er geboren und bis heute zu Hause ist, setzt er innenpolitische Reformen durch. Mit 46 wechselt er in

die Bundespolitik, wo er zu einem der erfolgreichsten und zugleich umstrittensten politischen Akteure wird.

In der zweiten Hälfte der achtziger Jahre scheint sein Stern zu sinken. Seine Partei büßt bei mehreren Wahlen viele Stimmen ein. Immer lauter werden die Zweifel an seiner Führungsfähigkeit. Ehemalige Mitstreiter gehören zur „Viererbände“, die ein Bündnis gegen ihn zu schmieden versucht. Seine Tage an der Spitze scheinen gezählt. Doch das Ereignis, das er am falschen Ort erlebt, ändert alles. In den folgenden dramatischen Monaten nutzt er die Gunst der Stunde und hilft dabei, das von vielen erträumte Wunder wahr zu machen.

Klaus Lantermann ■

Die Antwort schicken Sie als Fax, E-Mail oder per Postkarte an:

BLICKPUNKT BUNDESTAG,
c/o MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH,
Wassergasse 3, 10179 Berlin,
Fax: (0 30) 6 50 00-1 92,
E-Mail: blickpunkt@media-consulta.com.
Einsendeschluss: 26. April 2010

Unter den richtigen Einsendungen werden fünf Preise verlost. Der Hauptgewinn ist eine Reise für zwei Personen nach Berlin. Die Lösung des Rätsels in Ausgabe 06-2009 lautet: Willy Brandt.

Eine Reise nach Berlin hat Jens Thurow aus Wolfsburg gewonnen.



Foto: Picture Alliance/ANSA/Alessandro Di Meo

Italien: Abgeordnetenversammlung und Senat

Virtuosen am Klavier

Dass im Parlament Italiens die Fetzen flogen – das wenigstens kann niemand behaupten. Die „Onorevoli“, die „Ehrenwerten“, wie die Abgeordneten genannt werden, achten selbst in der Hitze der Schlacht auf Stil. Sie werfen nur mit edleren Dingen: mit Parlamentsdrucksachen, mit fein gebundenen Exemplaren der Geschäftsordnung – oder mit Mortadella.

Scheiben dieser Wurstspezialität flogen jedenfalls im Januar 2008, als Abgeordnete der Mitte-Rechts-Opposition die endgültige Abstimmungsniederlage von Regierungschef Romano Prodi bejubelten. Das Ganze geschah aber nicht etwa in der „Camera“, wo Italiens gemeine Parlamentarier sitzen, sondern im Senat, der sich nicht nur der Zahl seiner Angehörigen wegen – 315 Senatoren gegenüber 630 Vertretern der Abgeordnetenversammlung – als Elite versteht, sondern auch seiner höheren, altersbedingten Weisheit wegen: Den Senat, die als solche nur halb entwickelte Vertretung der italienischen Regionen, dürfen ausschließlich Italiener wählen, die mindestens 25 Jahre alt

sind. Für die „Kammer“ reicht normale Volljährigkeit.

Dass Plakate im Parlament hochgehalten und Spruchbänder entrollt werden, ist in Rom normal. Auch dass Abgeordnete handgreiflich werden, kommt vor; unlängst hat es wieder mal einen politisch wie anatomisch rechten Haken gesetzt. Dabei sind Abgeordnetenhande auch zu feineren Verrichtungen in der Lage, zum „Klavierspielen“, wie das lange Jahre genannt wurde: Da sah man immer wieder Parlamentarier, die bei elektronischen Abstimmungen nicht nur auf der Tastatur des eigenen Pultes zu Gange waren, sondern gleichzeitig auf dem Tisch des abwesenden Nachbarn, oftmals über zwei Reihen hinweg – Virtuosen ihres Fachs. Seit einem Jahr geht das nicht mehr; seither muss jeder Abstimmende – wie in den Zeiten, als die Unterschrift noch nicht erfunden war – sein Votum per Fingerabdruck bekräftigen, und den untersucht der Computer mit kriminalistischem Eifer auf Echtheit.

Das italienische Parlament ist auch in anderer Hinsicht nicht mehr das, was es einmal war. Bis zu den Wahlen 2008 saßen dort an die zwanzig Parteien,

Fraktionen, politische Dreier-, Zweier- oder Einmanngruppen. Ungefähr jedenfalls; die genaue Zahl war nie festzustellen, Gruppen entstanden und zerbrachen, weil es Abgeordnete gab, die ihre Partei wechselten wie andere Leute die Hemden. Die Wahlergebnisse für eine Legislaturperiode mit der vergangenen zu vergleichen, ist seit den neunziger Jahren kaum mehr möglich, weil erstens die Parteien in immer neuen Formationen, unter anderen Namen antraten und weil zweitens – wenn das Ergebnis nicht zu jener „Regierungsfähigkeit“ führte, welche die jeweiligen Sieger gerne gehabt hätten – immer wieder Hand ans Wahlgesetz gelegt wurde. Immerhin: Die letzte Wahlrechtsreform und mit ihr die Verärgerung der Wähler haben die Parteienlandschaft flurbereinigt. In der „Camera“ wie im „Senato“ sitzen nur mehr überschaubare sechs Fraktionen.

Paul Kreiner, Rom

Camera dei deputati und
Senato della Repubblica



www.parlamento.it



Foto: DBT/MEDIA CONSULTA

Lesen Sie den Bundestag – regelmäßig mit dem Blickpunkt-Abo

Liebe Leserin, lieber Leser,

wir hoffen, die Lektüre des neuen BLICKPUNKT BUNDESTAG war informativ und hat Ihnen Freude bereitet! Das Magazin des Deutschen Bundestages erscheint regelmäßig mindestens sechs Mal im Jahr, mit spannenden Reportagen, Interviews und Hintergrundberichten aus dem Parlament.

BLICKPUNKT BUNDESTAG, das sind zwei Magazine in einem: Denn die Beilage SPEZIAL, die immer ein parlamentarisches Schwerpunktthema behandelt, ist regelmäßig mit dabei.

Möchten Sie künftig über den Deutschen Bundestag aus erster Hand informiert werden? Dann bestellen Sie BLICKPUNKT BUNDESTAG zum Preis von 12,00 Euro für sechs Ausgaben pro Jahr.

Mit dem BLICKPUNKT-Abo kommt jede Ausgabe künftig bequem zu Ihnen nach Hause. Wenn Sie BLICKPUNKT BUNDESTAG abonnieren möchten, wenden Sie sich an unsere Abonnentenbetreuung.

Haben Sie noch Fragen?

Ihre Ansprechpartnerin rund um das BLICKPUNKT-Abo:

Cornelia Hesse
Buch und Presse Vertrieb GmbH & Co. KG
Aschmattstraße 8
76532 Baden-Baden

Telefon: (0 72 21) 5 02-2 70
Fax: (0 72 21) 5 02-42 70
E-Mail: abo-blickpunkt-bundestag@koe-for.de

Impressum

Herausgeber: Deutscher Bundestag,
Referat Öffentlichkeitsarbeit
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Chefredaktion: Britta Hanke-Giesers
(Leiterin Referat Öffentlichkeitsarbeit), Michael Reinold

Redaktion: Alexander Heinrich
bei MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH
Wassergasse 3, 10179 Berlin
Telefon: (0 30) 6 50 00-2 20
Fax: (0 30) 6 50 00-1 92
E-Mail: blickpunkt@media-consulta.com

Koordination: Michael Reinold
(Referat Öffentlichkeitsarbeit)
Telefon: (0 30) 2 27-3 78 68
Fax: (0 30) 2 27-3 65 06
E-Mail: michael.reinold@bundestag.de

Beauftragte Agentur:
MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH
Geschäftsführung: Dipl.-Kfm. Harald Zulauf

Art Direction: Ingrid Otto
Produktion: René Hanhardt
Onlineproduktion: Stefan Deutsch
Lektorat: Katleen Krause

Abonnement und Vertrieb
Cornelia Hesse
Telefon: (0 72 21) 5 02-2 70
Fax: (0 72 21) 5 02-42 70
E-Mail: abo-blickpunkt-bundestag@koe-for.de

Druck: Druckhaus Main-Echo, Aschaffenburg

Einzelverkaufspreis: 2 Euro
Redaktionsschluss: 15. März 2010

Die Texte aus BLICKPUNKT BUNDESTAG
gibt es auch im Internet:
www.blickpunkt-bundestag.de

Ein Nachdruck der Texte mit Quellenangabe kann kostenlos vorgenommen werden, jedoch wird um Zusendung eines Belegexemplars gebeten.

Anschrift für die Post unserer Leser:
BLICKPUNKT BUNDESTAG
c/o MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH
Wassergasse 3, 10179 Berlin
Fax: (0 30) 6 50 00-1 92
E-Mail: blickpunkt@media-consulta.com

© Deutscher Bundestag, Berlin 2010
Alle Rechte vorbehalten

Diese Publikation wird vom Deutschen Bundestag im Rahmen der parlamentarischen Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Mandatsträgern oder Wahlbewerbern – insbesondere zum Zwecke der Wahlwerbung – ist unzulässig.